

FRIEDRICHSBURG

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Durch die Haupt-Expedition: Kurstrasse 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grünstraße Nr. 6, durch die Zweigstelle „Volkswacht Reichsamt“ Wallstraße 140, sowie durch alle Ausgabe-Blätter zu bezahlen. — **Bezugspreis im Voraus:** zu entrichten wöchentlich 2,00 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus.

Anzeigenpreis: Je Quadratmeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. ausserhalb 17 Pf. Anzeigen unter 17 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Steuerberichte, Berichte, Verzeichnisse und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition: Kurstrasse 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagert und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2
Jahrespreis: Abonnements: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3162.
Postleitzahl-Konto: Postliches-Amt Dresden Nr. 5852.

Der Kampf um die Fürstenabfindung im Rechtsausschuss.

Kommunistische Stimmenhaltung kommt immer wieder den Fürsten zugute.

Auf Grund des § 2 des Kompromit-Entwurfes der Regierungsparteien für Fürstenabfindung, bei dem Dienstag im Rechtsausschuss des Reichstags zur Beratung stand, das vorgelegene Reichsgericht zuständig sein:

1. Für alle Auseinandersetzungen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht bereits durch ein nach der Staatsumwidmung 1918 erlassenes Gesetz, ergangenes rechtskräftiges Urteil, gesetzliches Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich endgültig erledigt sind;

2. für Streitigkeiten, über die Gültigkeit oder Auslegung eines die Auseinandersetzung betreffenden Gesetzes, Urteils, Schiedsspruchs, Vertrags oder Vergleichs;

3. für die Richtigkeits- und Rechtsfragen gegen ein die Auseinandersetzung betreffendes rechtskräftiges Urteil, sowie die Klagen auf Aufhebung eines die Auseinandersetzung betreffenden Schiedsspruchs;

4. für Streitigkeiten aus Auswertungsansprüchen;

5. für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß eine Partei die Richtigkeit einer über die Auseinandersetzung geschlossenen Vertrags oder Vergleichs geltend macht;

6. für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß eine Partei mit Rückicht auf eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse die anderweitige Feststellung der bei einer Auseinandersetzung bestimmten, wiederkehrenden Leistungen verlangt.

Demgegenüber beantrage Genosse Dr. Rosenfeld, daß das Reichsgericht für alle Auseinandersetzungen zuständig sein soll, auch wenn sie bereits durch Gesetz, rechtskräftiges Urteil, Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich endgültig erledigt sind. Die Abstimmung über die Rückwidmung des Gesetzes wurde zurückgestellt, im Übrigen der § 2 von der bürgerlichen Mehrheit des Ausschusses angenommen.

Die deutschnationalen Abgeordneten im Rechtsausschuss des Reichstags sind eifrig bemüht, den deutschen Fürsten ungeheure Werte zu erhalten. In der Sitzung vom Dienstag beantragten sie, den Fürsten hinzutun beizutreten oder anzutreten. Privatgeheimrat zu belassen. Die Wirkung der Annahme des Antrages wäre gewesen, daß hier, die ein Land bisher anerkennen müßte, weil sie nach spätem Recht Eigentum begründeten, hätten respektiert werden müssen, auch wenn sie auf einem Mißbrauch fürstlicher Gewalt beruhen. Die Herrschaften Flotow, Krojahn, Schwedt, Wusterhausen, die Schmöckwader Fürsten, die deutschen Fürsten auf Kosten deutscher Länder sich in den Formen des Rechtes, aber gleichwohl widerrechtlich, angeeignet haben, wären dann eben hier verblieben. Wie verhielten sich die Kommunisten gegenüber dem Attentat der Deutsch-nationalen auf die Taschen des Volkes? Sie enthielten sich, wie am Freitag bei dem Antrag der Deutsch-nationalen, die Auseinandersetzung mit den Fürsten dem Reichsgericht zu übertragen, der Abstimmung. Wenn Wilhelm der Rechte noch oben zu verfehlten hätte, würden die Kommunisten unverzüglich auf die Rettungsmedaille haben, denn sie würden, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht auf dem Posten wären, mit den Deutsch-nationalen im Bunde das Fürstentum retten.

Sabotage des Volksentscheides durch Gemeindebehörden.

Gewäß den gesetzlichen Bestimmungen über das Volksbegehren und den Volksentscheid müssen die Antragsteller den Gemeindebehörden die Eintragungslisten zuführen. Die Gemeinden haben dann alles Erforderliche zu veranlassen, damit vom 4. bis 17. März den Stimmberechtigten Gelegenheit zur Eintragung gegeben ist.

Was machen nun eine ganze Reihe von Gemeindebehörden? Sie bereiten der Durchführung der Bestimmungen die größten Schwierigkeiten, indem sie die Annahme der Listen verweigern. So geschehen in Schwedeldorf, Kreis Görlitz, Friedewalde, Kreis Breslau, Gersdorf, Köllnisch, Kreis Görlitz, Kreis Glogau. Von einem besonders temperamentvollen Gemeindeschreiber wurden diese Listen mit dem Bemerkung zurückgewiesen, daß es ihm seine politische Einstellung verbietet, der Sache des Volksentscheides behilflich zu sein. Was sagt dazu der Regierungspräsident?

Was sagen dazu die Landräte?

Freunde des Volksentscheides, habt ein machtmäßiges Auge auf weitere Verstöße dieser Art und meldet sie den zuständigen Behörden und den Instanzen der SPD im Gewerkschaftshaus Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 38.

Post ganz besonders auf, ob überall Listen ausliegen!

Die Märzmiete unverändert.

Wie wir vom Breslauer Mieterkampfverein erfahren, bleibt die Miete für März unverändert. Erst für April steht die Erhöhung auf 92 Prozent und für Juli die auf 100 Prozent in Aussicht. — Trau unserer Warnungen, die nur aussichtsvolle Sichtung hatten.

Im Kampf um die französischen Gläubiger hat sich die Regierung Breslau-Doumer jetzt über wichtige Positionen offen mit Gruppen der Rechtsparteien verständigt. So doch sie ihre Finanzvorlage wohl in klarem Kampf gegen die Sozialisten durchsetzen und das französische Kriegsamt endgültig sprengen wird!

Schlesiens Provinzentrennung.

Im Preußischen Landtag ist gestern eine für Schlesien besonders bedeutsame Gesetzesvorlage zur ersten Beratung gekommen: die Frage der Trennung von Ober- und Niederschlesien in zwei selbständige Provinzen wird darin geregelt. Bekanntlich geht diese Trennung auf ein Versprechen der preußischen und der Reichsregierung an die Oberschlesier zurück, das während der Abstimmung über die Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland gemacht wurde. Eine Erweiterung der oberschlesischen Selbstverwaltung im Rahmen des Preußischen Staats und des Deutschen Reichs wurde damals für das deutschbleibende Oberschlesien zugesagt, um ihm eine Garantie zu geben, daß die Seiten der alten Ostmarkenpolitik nicht wiederkehren würden, in denen die Oberschlesier von Verwaltung und Heer des Oberrheinstaats als Deutsche zweite Ränge behandelt wurden. Damals in den Abstimmungskämpfen schlossen sich alle deutschen Parteien der Fazit einer selbständigen Provinzialverwaltung für Deutsch-Oberschlesien an, zumal auch die Polen für Polnisch-Oberschlesien eine gewisse Selbstverwaltung im Rahmen einer eigenen Wojewodschaft versprochen. Die Fazit wurde bestätigt, als eine weitere Abstimmung den Oberschlesiern Gelegenheit gab, aus dem preußischen Staatsverband auszuscheiden und ein eigenes Land im Rahmen des Deutschen Reichs nach dem Beispiel Bayerns, Badens oder Hamburgs zu bilden. Damals verzichtete auch die oberschlesische Zentrums-Partei unter der Führung der Republikaner Karolius Ullrich und Arbeitsschreiber Chodat auf eine solche Abstimmung gegen Preußen, da sie in der selbständigen preußischen Provinz eine genügende Basis für ihre Machtentfaltung erwartete.

Heute suchen die beiden Rechtsparteien die damals von ihnen mitverantworteten Versprechungen als ungültig hinzustellen. Sie berufen sich darauf, daß ja nicht ganz Oberschlesien zu Deutschland gekommen sei, was allerdings schon vor der Entscheidung des Obersten Rates nur politische Kinder erwarten konnten und die Führer der Rechtsparteien schon auf Grund ihres besonderen Misstrauens gegen die Westmächte sicher am wenigsten erwartet hatten. Auf der anderen Seite wünscht das oberschlesische Zentrum nun so gut wie alle gemeinsamen schlesischen Einrichtungen in zwei Teile zu zerlegen und dabei Oberschlesien, wo es die Führung hat, von den Kosten der Zerschlagung möglichst gern zu entlasten. Das zeigt sich vor allem in Forderungen nach Beteiligung der neuen Provinz auch an den Niederschlesien verbleibenden gemeinsamen Einrichtungen.

Zwischen diesen beiden vom Sonderinteresse der Interessenten um den Ratiborer Landeshauptmann Piontek und den Breslauer Landeshauptmann von Thaer diktieren extreme Forderungen gilt es jetzt, den Weg eines Ausgleichs zu finden, der die Versprechungen der Abstimmungskämpfe einhält, aber nicht schematisch wertvolle Einrichtungen Gesamtschlesiens zerstört. Unser oberschlesischer Parteifreund Franz hat gestern im Landtag die Trennungsvorlage als noch nicht weitgehend genug bezeichnet und sich etwas allzu sehr der Linie des oberschlesischen Zentrums gerichtet. Eine viel schärfere Kritik der Ungerechtigkeit der Rechtsparteien gegen die Oberschlesiener unter Vermeidung einer solchen Annäherung an bedenkliche Zentrumswünsche gab dann in einer ausgezeichneten Rede unser niederösterreichischer Sprecher, Genosse Dr. Hamburg, dessen Ausführungen auch die Grundzüge des Gesetzentwurfs der Preußischen Regierung entsprechen. Besonders peinlich war den Rechtsparteien seine Kritik an der Legende von den großen Taten des von ihnen in Anspruch genommenen Frederickus an Schlesien. Man braucht aber diesem größeren Vorgänger (nicht Vorläufer!) Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen, wenn man die von den führenden bürgerlichen Historikern Brentano, Knapp, Jiefurk festgestellten Mängel folgt und unpolitisch Wirkungen seines Geschlechtes einschätzt. Wilhelms II. durchaus nicht eine gerechte Würdigung seiner geschichtlichen Leistung zu versagen

Eine Beschwerde des Polenbundes in Genf
In der neueste Schatzung des polnischen Nationalismus im Kampf um die oberschlesische Nationalitätenpolitik. Der Inhalt der Beschwerde ist noch nicht bekannt. Ihr Vorbereitung geht aber aus der Tagesordnung der nächsten Völkerbundssitzung hervor, die am 8. März zusammentritt. Noch bevor Deutschland seinen Völkerbundsrat einnimmt, sollen dort "Mitschärfenfragen in Oberschlesien, und zwar das Ge- such des Bundes der Polen in Deutschland" besprochen werden.

Man muß es dem Polenbund lassen, daß er den Zeitpunkt für seinen Vorstoß mit großem politischen Geschick gewählt hat. Im selben Augenblick, in dem in Oberschlesien eine größere Anzahl von Deutschen ohne zureichende Begründung verhaftet und völkerrechtlich geschützte deutsche Organisationen mit Haushaltungen und anderen Maßregelungen schikanert werden, versteht es die polnische Politik, die internationale Diskussion vom Schicksal der deutschen Minderheit in Polen abzulenken und mit Beschwerden der polnischen Minderheit in Deutschland zu beschäftigen. Wir kennen dieses diplomatische Geschick der Polen schon aus der Behandlung der oberschlesischen Teilstellungfrage, in die seinerzeit eine polnische Regierungswertung unter Führung eines international angesehenen Lemberger Historikers rechtzeitig in Genf eingriff, während damals das Deutsche Reich befannlich offiziell mit dem Völkerbund überhaupt noch keine Beziehungen unterhielt.

Diesmal wird man wohl eine Verhandlung der Frage im Völkerbundsrat erhoffen dürfen, bis Deutschland selbst an den Beratungen beteiligt werden kann. Können doch die politischen Beschwerden über das deutsche Minderheitenrecht und seine Handlung kaum ernsthafter Natur sein, da die Beschwerdeleiste der beiden polnischen Abgeordneten im Preußensparlament bisher fast nur aufgebauten Füße von kleinen Volksstreitigkeiten über verschiedene Handlungen örtlicher untergeordneter Organe enthielt. Über die bloße Tatsache des Vorliegens polnischer Beschwerden und die gleichzeitige Aussicht auf ihre Mitbehandlung durch einen deutschen Völkerbundsratsvertreter ist gleich auch bereits eine gute Grundlage für die Begründung des Wunsches nach einem Ratschlag auch für Polen.

Dieser Hinweis auf die letzten politischen Arie des polnischen Vorwurfs in Genf zeigt bereits, daß nicht wirkliche Beschwerden über deutschesoberschlesische Zustände, sondern Gründe der internationalen Diplomatie diesen Antrag des Polenbundes veranlaßt haben. Man wird darin eine nachträgliche Rechtfertigung des deutschen Beitritts zum Völkerbund finden dürfen. Deutlicher kann ja gar nicht demonstriert werden, wie viel in den Leidensfragen der deutschen Minderheit nach dem Urteil gerade der Gegenpieler des deutschen Volkes die Möglichkeit im Völkerbundsrat bedeuten kann. Zugleich aber wird man auch gerade bei uns in Schlesien die Mahnung daraus entnehmen müssen, der polnischen Propaganda auf keinen Fall Vorwände für ihre Beschwerden zu liefern und das Minderheitenrecht innerhalb unserer eigenen Grenzen nach Bushabern und Geist hochzuhalten. Wir dienen damit auch den Gedankten Polensgenossen jenseits der Grenze, deren berechtigte Klagen sonst durch Gegenklagen der polnischen Minderheit in Deutschland um ihre Wirkung gebracht werden. Der erste Versuch dazu dürfte mißlingen, aber er wird deswegen kaum der letzte sein.

Briand für einen polnischen Völkerbund-Ratschlag.

Paris, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat am Dienstag die Diskussion des von dem Abg. Paul Boncour erstatteten Berichtes über die Verträge von Locarno fortgesetzt. Sie hat dazu ein Exposé Briands entgegengenommen, der sich eingehend über die näheren Umstände, unter denen seinerzeit die Verhandlungen geführt wurden, geäußert hat. Briand hat unter anderem betont, daß außer den in dem veröffentlichten Vertragstext niedergelegten Vereinbarungen keine andere Frage offiziell diskutiert worden sei und die unterzeichneten Abkommen die gemeinsam für Frankreich aus dem Friedensvertrag ergebenden Rechte nicht antasten. Neben den eventuellen Eintritt Polens in den Völkerbundsrat gab Briand eine längere Erklärung ab, in der er sich vor allem gegen die um diese Frage geführte Polemik wandte. In Locarno, soviel er aus, habe man sich damit nicht beschäftigt, dagegen sei schon vor Locarno verschiedentlich davon die Rede gewesen. Die an der polnischen Kandidatur interessierten Mächte seien der Auffassung, daß der Eintritt Deutschlands die günstigste Gelegenheit für eine Erweiterung des Völkerbundsrates sei. Das sei ihr gutes Recht, das durch die Verträge von Locarno um so weniger beeinträchtigt werden könne, als die Frage im Statut des Völkerbundes selbst geregelt sei. Die dafür in Frage kommenden Stationen würden auch für dieses Problem eine befriedigende Lösung finden.

Alle englischen Parteien gegen einen polnischen Völkerbund-Ratschlag.

London, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Im Parlamentsausschuß der englischen Liga für Völkerbund, dem über 400 Mitglieder des Unterhauses angehören, führte Genosse Tom Shaw als Sprecher der anwesenden Abgeordneten der Arbeiterpartei zur Unterstützung einer Entschließung, die sich gegen die Vermehrung der ständigen Ratschläge ausspricht, unter anderem folgendes aus: Auch ohne einen ständigen Ratschlag habe Polen nichts zu fürchten. Über vom Standpunkt des Völkerbundes aus würde eine Erweiterung des Rats eine ausgeprägte Schwäche bedeuten. Ein solches Vorgehen würde nicht nur von Deutschland, sondern von der ganzen Welt als eine Verleugnung des Geistes von Locarno beurteilt werden. Würde Polens Wunsch erfüllt, so könnte jedes andere Land im Osten Europas ebenso gut einen ständigen Ratschlag beanspruchen. Sämtliche drei Parteien des englischen Parlaments, meinte Tom Shaw, hätten Anlaß, sich hinter den Außenminister zu stellen und darauf zu bestehen, daß zurzeit außer Deutschland kein neues Mitglied aufgenommen werde. Dies würde Chamberlain in die Lage versetzen, nach Genf mitzuteilen, daß im britischen Parlament ohne Rücksicht auf die Parteien Einigkeit darüber besteht, daß Deutschland allein Aufnahme findet.

Der hierauf erfolgten einstimmigen Annahme einer Entschließung, die eine Kaiserweiterung über Deutschland hinaus ablehnt, wird in den politischen Kreisen Londons insfern besondere Bedeutung zugesprochen, als dadurch in Frankreich Klarheit darüber geschaffen wird, daß die Gegnerhaft gegen eine Aufnahme Polens in England nicht das Werk der Opposition, sondern die Gesamtaufstellung aller politisch Verantwortlichen ist. In diesem Zusammenhang gewinnen auch die Feststellungen der konservativen "Times" Bedeutung, deren Leiterartikel in der Feststellung gipfelt, die öffentliche Meinung Großbritanniens werde eine derartige Verleugnung des Geistes von Locarno niemals dulden.

Neue Verhandlungen über Frankreichs Schulden an England.

London, 24. Februar. (Eigener Funkbericht.) Der englische Schriftsteller teilte im Unterhaus mit, daß der französische Finanzminister, sobald es die parlamentarische Sitzung in Frankreich gestattet, nach London kommen werde, um eine Abstimmung des englisch-französischen Schuldensouveränitatsvertrages herbeizuführen. Man erwartet, daß die Reise Ende Februar erfolgt.

Die Demokratische Fraktion des amerikanischen Senats hat am Montag abend beschlossen, gegen die Ratifizierung des Schuldensouveränitatsvertrages mit Frankreich zu stimmen. In der Republikanischen (Regierungs-) Partei wird das Abkommen mit dem faschistischen Staat jetzt gleichfalls bestimmt unterschlagen.

Immer noch über 2 Millionen Erwerbslose.

Auf Grund der neuesten Meldungen aus den einzelnen Landesarbeitsämtern über die Erwerbslosenzählungen ist eine geringe Steigerung der Erwerbslosenzahl über zwei Millionen hinaus festzustellen. Ein Rückgang der Arbeitslosenziffer ist nur für einzelne Bezirke zu verzeichnen. Im allgemeinen ist die Steigerung so gering, daß von einem Stillstand gesprochen werden kann.

Was wird Luxussteuerfrei?

Haftamtlich wird gemeldet: Wie der Reichsfinanzminister in seiner Erklärung angekündigt hat, ist die Aufhebung der Luxussteuer in Aussicht genommen. Es ist nur die Frage offenbleiben, ob in kleinem Ausmaß die erhöhte Umsatzsteuer bei solchen Gegenständen beibehalten werden soll, bei denen sie weder kulturpolitisch noch volkswirtschaftlich bedenklich erscheint. Die Frage, ob eine solche Liste von geringem Umfang sich aufstellen läßt oder ob dabei im einzelnen doch Schädigungen der in Betracht kommenden Unternehmungen zu befürchten sein werden, bildet noch Gegenstand der Unterhandlungen. Schon jetzt steht jedenfalls fest, daß die meisten der zurzeit noch erhöht steuerpflichtigen Gegenstände aus der erhöhten Steuerpflicht ausscheiden werden. Es gilt, dies z. B. von Waren aus unedlen Metallen, Gegenständen der Keramik, der Porzellan- und Glasindustrie, Gegenständen der optischen und der Musikinstrumentenindustrie, Beleuchtungskörper, Bekleidungsgegenständen, Möbeln, Schuhen usw. Es wird nach Möglichkeit Sorge dafür getragen werden, daß für alle diese Gegenstände die Steuerfreiheit mit dem 1. April 1926 eintritt, sofern nicht zu diesem Zeitpunkt die erhöhte Umsatzsteuer überhaupt wegfällt.

Aus dem Reich.

Das Kölner Zentrum gegen den Volksentscheid. Wie aus Köln gemeldet wird, nahm gestern der erweiterte Ausschuß der Kölner Zentrumspartei zur Fürstenabfindung Stellung. Es wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß hier erstens die Frage der Fürstenabfindung nicht für einen Volksentscheid eignet (!), zweitens, daß die entschädigungslose Enteignung abgelehnt werden muß, daß drittens ein Scheidungsrichter eingesetzt werden muß, dessen Mitglieder der Reichstag bestimmt und daß viertens die Fürstenabfindung im Rahmen der allgemeinen Verarmung des deutschen Volkes erfolgen muß. Wie der Vorwärts meldet, ist von den Vertretern der Zentrumspartei gegen diese Entscheidung lebhaft Einspruch erhoben worden.

Bayrische Bauernblätter für den Volksentscheid. Aus München wird gemeldet, daß die starke Unterstreichung der Bauern an der sozialdemokratischen Aktion für entzündungslose Enteignung äußerst auffällig ist: „An mehreren Orten zeigt sich, daß die Wähler des Bayrischen Bauernbundes, der im Reichstag durch seine Fraktion gemeinschaft mit der Wirtschaftspartei gebunden ist, ihre alte demokratische Grundgesinnung nicht verleugnen und zusammen mit den ländlichen Arbeitern bei den Kundgebungen für das Volksbegehren mitwirken.“

Der Altenbischöfahl von Trier war bekanntlich im Reichstag durch den Reichsjustizminister Marx als straffrei bezeichnet worden, weil es sich dabei nur um die Entnahme widerrechtlicher Abschriften gehandelt habe, die als politisches Vergehen angestellt sei. Gegen diese Auffassung wendet sich mit erdrückendem Material der bekannte Historiker und Vertretermann des Auswärtigen Amtes, Dr. Friederich Thimme, der gelaufen ist, daß Trier die Rechtfertigung durch neue unmaßige Angaben erreichte. Dabei hat er z. B. amtliche Berichte der deutschen Marine-Abstechs im Ausland als Teile seines Privatarchivs bezeichnet und ähnliche grobe Schiebungen gemacht, die ja allerdings gerade diesem Politiker schon in früheren Fällen einwandfrei nachgewiesen wurden.

Hitler gegen die Berrater um Reventlow. Der von Adolf Hitler getrennte „Nationalsozialistische Volksbund“ hat für Mittwochabend eine öffentliche Versammlung mit den Reichstagsabgeordneten von Graeve und Reventlow als Redner angekündigt. Gegen diese Versammlung ruft Hitler seine Parteihänger auf mit dem Befehl, geschlossen in die Versammlung zu ziehen, um „Abrechnung mit dem Berratergegnide“ um Graeve und Reventlow zu halten. Um Zusammenstöße zu unterbinden, wird die Polizei die Versammlung verbieten.

Eine neue Reichsakademie. Auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung vom 16. Juni 1925 entfallen auf Preußen statt 26 Stimmen im Reichsrat bisher nunmehr 27 Stimmen. Diese 27. Stimme wird im Reichsrat von dem preußischen Staatsministerium geführt werden, das hierüber dem Staatsrat einen Gesetzentwurf zugehen ließ.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Aus aller Welt.

Die Rettungsmannschaft des Dampfers „Westphalia“, die in schwerer Seesonot 27 Mann eines holländischen Dampfers mit eigener Lebensgefahr gerettet hatte, wurde gestern nach der Rückkehr ihres Schiffes in Hamburg lebhaft gefeiert. Der Kapitän des Dampfers erklärte, daß gegenseitige Hilfe in Not ein ungegründetes Gelehr für alle Seeleute sei, das keines Aufhebens bedürfe.

Die Grundmauern einer alten Königsburg gefunden.

Nachdem im vergangenen Herbst bei Ausgrabungen in der Nähe der Goslarer Hammelsbergfeste die Grundmauern der alten Johannistürke freigelegt wurden, hat jetzt ein Zufall zur Freilegung von Grundmauern geführt, die mit Sicherheit der alten Steinburg Heinrichs IV. pizzierten sind.

Todesopfer des Methyldialkohols.

Vor einiger Zeit war ein Kaufmann in Offenburg verhaftet worden, weil er Methyldialkohol als Brannwein einzuführen versucht hatte. Wie die Staatsanwaltschaft Offenburg mitteilt, ist ermittelt worden, daß mehrere Personen nach dem Genuss dieses Brannweins gestorben sind. In Westfalen starb ein 54jähriger Fabrikant. Ein Motorenbauer, der ebenfalls von dem Schnaps getrunken hatte, stürzte auf dem Wege zum Dienst von einer Brücke herunter und blieb tot liegen. Ein Drahtzieher brach während der Arbeit auf dem Fabrikhof zusammen und erblindete auf beiden Augen.

Explosion in einem Hochöfenwerk.

Nach einer Blättermeldung aus Augsburg ereignete sich in dem Hochöfenwerk Dierdorf eine heftige Explosion. 12 Arbeiter wurden durch die Verbrennungsgase betäubt, zwei von ihnen konnten nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden, während die übrigen zehn ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Ein 1000-Zentner-Schiffsschlüsselkanal durch Berlin

wird benötigt, umden die möglichen Rostungen zu verhindern und die Stadt Berlin über die Anlage der ersten Teilstrecke des künftigen Großschiffahrtsweges herzuführen. Dieser künftig auszubauende Strecke ist drei Kilometer lang und soll von der Unterhöhe nach dem Weißensee führen. Wenn auch die Stadt Berlin zunächst der Teilkanal in Frage kommt, so würde die neue Großschiffahrtstraße durch das Stadtgebiet ein weiteres großes Kanalprojekt der Stadt Berlin ab erfordern. Ein weiteres großes Kanalprojekt der Stadt Berlin ist ebenfalls in Vorbereitung, und zwar der Bau des Nordkanals, der vom

Die offizielle polnische Darstellung der ostoberschlesischen Verhaftungen.

Im Zusammenhang mit der Aktion gegen den Deutschen Volksbund gab der untersuchende Staatsanwalt polnischen Journalisten ein Interview, in dem er folgendes ausführte:

„In den in Frage stehenden Fällen wird die Untersuchung nicht gegen den Volksbund als solchen, weil das rechtlich unmöglich ist, geführt, sondern gegen einzelne Personen. Es sind nur solche Personen verhaftet, gegen die schon ältere Schuldbeweise vorliegen. Es werden Ihnen folgende Vergehen zur Last gelegt: politische und militärische Spionage, Weitergeben von Informationen an eine fremde Regierung, Nachrichten für politische Zwecke einer fremden Regierung, Erleichterungen von Detektionen. Das Material ist noch gar nicht geordnet. Verdächtigen, Hochverrat und anderes mehr. Der Polizei ist äußerste Zurückhaltung gegenüber den Verhafteten befohlen. Die werden auf der Polizei überhaupt nicht deportiert, sondern nur vom Gericht vernommen. Sie haben aus verständlichen Gründen in Einzelhaft. Sie genießen alle Erleichterungen, die in den Gefängnisvorrichtungen vorgesehen sind. Nach dem ersten Verhör führt die weitere Untersuchung die Polizei.“

Diese erste offizielle polnische Darstellung der Gründe für die am 12. Februar vorgenommenen Verhaftungen kommt so weit, daß schon daraus die schlichte Begründung der Maßnahmen des Staatsanwalts hervorgeht. Willkürliche Tatsachen fehlt auch jetzt der Staatsanwalt nicht mit.

Das Programm der polnischen Sozialisten in ihrer Koalition.

Der Warschauer „Robotnik“ entwidelt das Programm, das die Vertreter der Sozialistischen Partei im Koalitionsabiente weiter verfechten werden. Er zieht als dringend auf:

1. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Diesen Kampf hat der Genosse Bartnick als Bedingung zu seinem Beitritt zum Koalitionsabiente als Nachfolger Marczewski gestellt. An diesem Kampfe ist die Beteiligung der Selbstverwaltungsförderer eine zwingende Notwendigkeit.

2. Der Ausgleich des Budgets. Die Partei wortet bisher erfolglos auf das Projekt der Reorganisation der Armee und der Einschränkung der Dienstzeit, und wünscht, daß das Kriegsministerium endlich dieses Projekt einbringen möge. Kompliziert wird diese Frage durch das Gesetzesprojekt über die obersten Militärbehörden. Jedenfalls erfordert das Heeresbudget in seiner heutigen Höhe eine baldige Reaktion. Eine weitere Forderung der Partei beruht in der rückgängigen Einführung der Vermögensabgabe, denn die Partei wird von der Forderung der unterführten Belastung der bestehenden Klassen zugunsten des Staates nicht abweichen.

3. Kampf mit den Mißbräuchen in der Verwaltung. Hier hat die Partei von dem Justizminister durch ihre Ministrer ein Gesetzesprojekt gefordert.

4. Reorganisation der Verwaltung, besonders in Galizien und in den Ostprovinzen, wo die Wirkung der Beamtenkraft keine Grenzen kennt und die Polizei nach eigenem Gutdünken handelt.

Ferner tritt die Partei dafür ein, daß die Regierung ein klares Wirtschaftsprogramm und ein Programm für die nationale Minderheitspolitik ausarbeiten. Der Kampf mit der Teverung steht bei den Forderungen nicht an letzter Stelle. Die Partei glaubt, diese Mindestforderungen jetzt durchsetzen zu können.

Die Reaktion in Belgien kann es nicht verschmerzen, daß die demokratisch-sozialistische Regierung fest am Ruder bleibt. Das ist die Erklärung dafür, daß in letzter Zeit der Faschismusumsturz in Belgien immer mehr um sich dreht. Täglich schließen neue sozialistische Organisationen aus dem Boden. Aber dabei handelt es sich stets um dieselbe Handvoll Personen. Bestechendes haben sie zur Gründung verhüterter Militärverbände begründet, mit dem ausgezeichneten Zweck, unter Waffenträgern die Macht mit Gewalt an sich zu reißen. Das geschieht unter dem Beifall eines großen Teiles der bürgerlichen Presse. Dieses Gebaren ist der Arbeiterpartei, die sich ihrer Macht bewußt ist, endlich zu dunkel geworden. Am Dienstag wurde in einer gemeinsamen Kundgebung der Partei und der Gewerkschaften beschlossen, eine mächtige Selbstschutzorganisation, wesentlich nach dem Muster des österreichischen Selbstschutzes, zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten ins Leben zu rufen. Zunächst sollen 25 000 Mann aufgestellt werden, eingeteilt in 160 Hundertschaften und 9000 Mann zur sofortigen Bereitstellung. Außerdem ist für den Bedarf fall eine Generalmobilisierung von mehreren hunderttausend Mann vorgesehen. Dieser Selbstschutz wird unter fachkundiger Zentralleitung stehen. Interessant wird es sein, die Wirkung dieser Gründung auf das Bürgertum zu beobachten. Es wird wohl sehr schnell manne den Unterschied zwischen Sozialer und Ernst lernen, sodoch es nicht wunder zu nehmen draht, wenn das faschistische Mauselauftzen fortan wesentlich gedämpft wird.

Nordende des Tegeler Sees aus die nördlichen Vororte Berlins miteinander verbindet und südlich im Südosten bei Köpenick in die Spree einläuft.

Der Hungerkünstler Zolly,

der am Dienstag 25 Jahre alt wurde, hat die erste Woche seiner „Hungerkästlein“ in einem Berliner Restaurant verbracht. Während dieser Zeit, die für ihn mit einer Gewichtszunahme von acht Pfund und mit festigen Magenkrämpfen und Schlaflosigkeit verbunden war, genossen nicht weniger als 30 000 Berliner seinen Anblick. Bis jetzt hat Zolly über 500 Heiratsanträge erhalten.

5000 Mark Belohnung

sind für die Ergreifung der flüchtigen Stadtinspektoren der Stadt Berlin ausgesetzt worden. Die Detektivarten sollen bei der Flucht einen grau lackierten schwäbigen Privatfahrtwagen benutzt haben.

Ein Beträger mit guten Beziehungen.

Ein Strafverfahren gegen den Sohn des früheren Präsidenten der Reichsschuldenverwaltung, den Inhaber der Firma v. Bischofshausen & Co., ist in Berlin eröffnet worden. Bischofshausen steht im Verdacht, große Kreditlinien verdeckt zu haben. Der Angeklagte gründete 1924 unter der Firma v. Bischofshausen & Co. Berlin, Friedrichstraße 207, ein Bankgeschäft. Sein Kompagnon war Bernhard Küngel, der frühere Inhaber der Bankfirma Küngel, die 1922 unter großem Aufsehen bankrott ging. Bischofshausen war Besitzer von 98 Prozent einer in der Insolvenzzeit in Stockholm gegründeten Aktiengesellschaft, deren Geschäft zu dienen sollten, der Bank die Geldmittel zuzuführen, die sie nicht hatte. Bischofshausen erhielt auf Grund seiner Beziehungen große Warenkredite, die in die hunderttausende gingen. Die Waren wurden verschleppt, die Gläubiger haben das Radieken gekämpft.

Gekrampte Säcke.

Eine Anzahl deutscher Schiffe ist in den letzten Tagen gefrorren, darunter das Lübecker Motor Schiff „Sokka“, das mit Getreide von Trelleborg nach Kopenhagen unterwegs war, jedoch das Hamburger Schiff „König“, das bei Giedens in den östlichen Gewässern gefroren ist, sowie der deutsche Dreimastsegler „Frederik“ bei Hirtshals in der Nähe von Kopenhagen.

Jugend als Künsteausübung.

In der Kongregationskirche in Los Angeles wurde, wie die „Los Angeles Zeitung“ erfuhr, am letzten Sonntag zum erstenmal der musikalische Teil von einer Jugendband

Stadt-Theater

Mittwoch, 7th, Uhr:
Così fan tutte.

Donnerstag, 8 Uhr:
Gefried.

Freitag, 7th, Uhr:
Rigoletto.

Löbeltheater

Leipziger Str. 8, Tel. Nr. 8774.

Mittwoch, 24. Februar, 8 Uhr:

Zwei ersten Motet:

Cäsar und Cleopatra.

Donnerstag, 25. Febr., 8 Uhr:

Cäsar und Cleopatra.

Thalkaththeater

Schweriner Str. 8, Tel. Nr. 6700.

Mittwoch, 24. Februar, 8 Uhr:

Donnerstag, 25. Febr., 8 Uhr:

Zwölftümmler-Brettl:

Der fröhliche Manneberg.

Schauspielhaus

Operettanbühne.

Tel. Stephan 37460.

Täglich 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leux

Auftritt Walter Jankuhn

3 zw. 50. Motel

Die Torejina.

Freitag 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leux

Auftritt Walter Jankuhn

3 zw. 50. Motel

Der Orlow.

Sonntag nachmittag 3^{1/2} Uhr:

Der Kaffeibinder.

Gemeinsame alkoholfreie

Gästeküche

Ritterstraße 45,

Hirschstraße 28.

Größ. Auswahl in Eingeleisen

von 60 Pf. bis 1 RM.

Abonnementstrans

für Mittagbrot zu 40 u. 60 Pf.

Trüffelbrot verdeckt.

Geöffnet von 12 bis 1/6 Uhr.

Victoria-

Theater - Tel. R. 2297.

Ab Sonnabend

8^{1/2} Uhr:

Gastspiel des

Herrnfeld

Theaters mit

Stall Meyer

mit Y

Der größte Lacherfolg

dieser Saison mit

Anton Herrnfeld

Ferd. Grünecker

Vorverkauf hat begonnen.

80 Pf. bis 3,50 Mark

Ende-Stra

To Rhma.

Veranlaßt durch zahllose Zuschriften aus interessierten Kreisen, wird To Rhma am Sonntag, den 28. Februar, mittags 12 Uhr, im Liebich-Theater persönlich einen Vortrag über Auto-Suggestion halten und seine berühmt gewordenen Nadel-Experimente und die tollkühnen Hypnosen an Löwen, Krokodilen, Riesenschlangen usw. zeigen.

Um jedermann den Besuch dieses Vortrages zu ermöglichen, sind die Eintrittspreise ganz niedrig gehalten und zwar 50 Pf. bis 2,50 RM.

Der Vorverkauf an der Kasse des Liebich-Theaters und im Verkehrs-büro Barasch beginnt heute.

Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß eine Verlängerung des Gastspiels Tho Rhma nicht stattfinden kann und wird sich To Rhma am Sonntag, den 28. Februar, in den beiden Abschieds- und Ehren-Vorstellungen, nachm. 3^{1/2} Uhr und abends 8 Uhr, von dem Breslauer Publikum verabschieden.

10775

Die Wintersausstellung

von Dr. Thompson's Seifen-pulver zeigt, daß es nicht die geringsten schädlichen Bestandteile enthält, sondern nur aus stark seifen-haltigen Substanzen besteht.



Für Sie gibt es daher nur ein Waschmittel

Dr. Thompson's Seifen-pulver

Reusche- straße 1st Manneberg Total-Ausverkauf

wegen Auflösung des Etagen-Geschäfts Reuschestraße 1, II.

Nur noch ganz kurze Zeit!

Der Rest des Warenlagers, bestehend aus wirklich guter

Leib-, Bett- und Tischwäsche, Schürzen, Trikotagen, Klubwesten, Leinen- und Baumwollwaren

wird zu jedem annehmbaren Preis ausverkauft!

10777 Meiner verehrten Kundenschaft angelegerlich empfohlen.

Berücksichtigt unsere Inserenten.

Ein Wort an die

Buchkarten-Buchbezieher

und an alle, die es noch nicht sind!

Die Nachfrage nach Corine Buch „Der Pfaffenpiegel“ war außerordentlich. Nicht weniger als eintausend Exemplare verkauften wir in den letzten Jahren. Noch hält die Nachfrage unvermindert an. Die Vorzugsexemplare zum Preis von 2 Mark sind jedoch endgültig vergriffen. Wir ersahen aber aus der überaus starken Nachfrage, wie groß das Verlangen nach Aufklärung in der klassenbewußten Arbeiterschaft ist. Das veranlaßte uns, ein neues, weitaur umfangreicheres Werk zu besorgen. Es ist dies Emil Rosenow's „Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, 2 Bände. Das Werk ist bereits im Buchhandel vergriffen. Die Restauflage (in unserem Besitz) können wir jedoch an parteilich und gewerkschaftlich Organisierte zum billigen Preis von 9 Mark, statt bisher 20 Mark, abgeben. Emil Rosenow's Absicht war es, in ebenso populär wie interessanter und dabei doch gründlicher Form einen wichtigen Abschnitt aus der Kulturgeschichte der Völker zu schildern und damit die Kenntnis des geschichtlichen Werdegangs der menschlichen Gesellschaft unter den Arbeitern zu verbreiten und zu vertiefen. Um den Leser noch besser in den Geist dieser Kulturzustände einzuführen, sind Hunderte von lehrreichen und interessanten Meisterwerken der Künstler jener Zeiten, wie Porträts, Städteansichten, Flugblätter, Textbilder usw. in originalgetreuen Wiedergaben zur Illustration beigegeben. Wir lassen noch die Inhaltsangabe folgen, um weiter zu zeigen, wie besonders wertvoll gerade dieses Werk ist.

Erster Teil:

1. Eine zusammenbrechende Welt
2. Von der Revolution zur Weltkriegszeit
3. Bei den Fürsten der Armut
4. Von den Heiligen, den Helden und den Herren
5. Weckruf, 1000 Mal und Beleidigung
6. Krieg mit den Armen Deut. Kaiser
7. Die Rhetorik der Platten
8. Panorama der Pfaffenkultur

Zweiter Teil:

9. Die Kirche und die Ketzer
10. Das Erwachen des Geistes
11. Der Anteilsstreit der Reformation
12. Der Papst, der Papst und der Kaiser
13. Ein Vorabend der Revolution

Dritter Teil:

14. Die schwäbisch-fränkische Bauernrevolution
15. Die bairisch-sächsische Bauernrevolution
16. Das Ende des Bauernkrieges
17. Der Untergang des mittelalterlichen Kommunismus
18. Kirchenarrest und Ketzerverbrennungen in der Schweiz
19. Die Zerraltung des Protestantismus
20. Die Gesellschaft Jesu
21. Die Religionskriege
22. Die Hexenprozeß
23. Die Wurzeln des Dreißigjährigen Krieges
24. Der Dreißigjährige Krieg
25. Die Gestalt Melchizedeks
26. Deutschland nach den großen Welken
27. Rückblick und Ausblick

Durch die von uns eingeführte Buchkarte ist jedermann in der Lage, sich dieses bedeutsame Werk anzueignen, da er in Wochentakten von nur 50 Pf. beschafflich organisiert.

Volkswacht-Buchhandlung

Breslau III, Neue Grapenstraße 5.

Arbeitslose Frauen u. Mädchen

finden sofort Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben und betrieblichen Einzelbetrieben.

Informationen bei dem

Deutschen Arbeitsbeschaffungsamt Breslau,
Gutensiedlung 5, Telefon 105, Gabel 356, Blumen 14.

Hahn, Leipziger Straße 11.

Garantie! Sehr günstig

Dam 52, 53, Hett 57, 58, Halbmesser 108, Renn 118, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 64

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Februar.

Was die Stadt 1926 zu bauen gedenkt.

Der Kleinwohnungsbau in Breslau wird durch einen Plan der Stadtverwaltung eine neue anregende Entwicklung erfahren. Wie wir hören, sieht ein Projekt des Magistrats die Schaffung von 1200 bis 1500 Kleinwohnungen vor, die an verschiedenen Stellen unserer Stadt errichtet werden sollen. Die Stadt glaubt, damit rechnen zu können, daß 40 bis 50 Prozent der Kosten, die sich insgesamt in den Grenzen von 12 bis 15 Millionen Mark halten werden, durch die Hauszinssteuer bestritten werden können. Auch sonst wird die Bautätigkeit der Stadt zumindestens hinter der des Vorjahrs nicht zurückbleiben. So werden städtische Rechte die Bauvorhaben der Siedlungsgesellschaft auf der Merkstraße gefördert werden. Ebenso wird sich der Magistrat den Ausbau der Siedlung Höppelwitz und der Siedlung Eichborngarten angelegen sein lassen.

Von den sonstigen Bauvorhaben unserer Stadt, die vorwiegend in Neubau- und Erweiterungsbauten bestehen, seien erwähnt: Die Erweiterung des Verwaltungsbürogebäudes auf dem Zugplatz in Gondau, die Mittel in Höhe von 70 000 Mark beansprucht wird; die Erweiterung der Schweineschlachthalle und der Umbau der Großviehsluette im Schlachthof. Dort soll auch im Beamtenhaus eine Kantine geschaffen werden. Die Siedlung Höppelwitz wird ein neues Schulhaus erhalten, das mit 300 000 M. veranschlagt worden ist. Zur Amtseröffnung ob der Achse der Familiengassen sollen proprieatische Bauten aufgeführt werden. Für den gleichen Zweck werden auch auf geeigneten Stellen die Bauten auf dem Neumarkt Verwendung finden. Erwähnt man noch die Reparaturen, die die Stadt im Rathaus und Krankenhaus vornehmen lassen, die Umbauarbeiten im Schloss, die sie zu Ende führen will, so runden sich, wenn auch nur flüchtig angedeutet, das Bild der städtischen Bauvorhaben. Und wenn zum Schluss ein Wunsch geäußert sei, so der, daß die Stadt das Stadiongebäude, dessen Ausführung mit 300 000 Mark veranschlagt ist, im Interesse der sporttreibenden Jugend in Angriff nehmen möge.

Alte Breslauer Gebäude und ihre Geschichte.

Vor dem Kriege war vielen Breslauern die Bezeichnung „Die Schmerzhafte“ geläufig und man meinte damit das Polizeigefängnis. Die wenigsten wissen wohl aber, daß dieser Ausdruck von dem katholischen Waisenhaus zu den Goldenen Bergen oder zur „Schmerzhafte Mutter“ (matrem dolorosam) herstammt, das vor langer Zeit die Räume des Polizeigefängnisses einmal inne hatte. Im Jahre 1690 oder 93 ungefähr wurde die „Schmerzhafte“ gegründet, 1831 erbaute der Habsburg das Haus, baute es gänzlich um und richtete es seit 1837 als Gefängnis ein. Noch heute sieht es diesem Zweck, allerdings in recht ungenügender Weise, vielleicht bekommen wir, wenn erst einmal das neue Polizeipräsidium am Schweidnitzer Stadtplatz errichtet sein wird, ein zeitgemäßer ausgebautes Polizeigefängnis.

Das heutige Polizeipräsidium war gleichfalls einmal ein Kloster und zwar eines des seit 1686 in Breslau ansässigen Ursulinenklosters, den sich vorwiegend der Erzbischof und Domherr der weiblichen Jugend widmete. Zwar wurde dieser Orden von der Säkularisation im Jahre 1810 nicht zerstört, doch mußten die Nonnen im Jahre 1811 ihre bisjetigen Räume verlassen und siedelten in das leer gewordene Clarenkloster über. Von da ab datiert die Unterbringung des heutigen Polizeipräsidiums jedoch zunächst nur teilweise, da ein Abschnitt des Gebäudes, nach der Schmiedebrücke zu, als Provinzialamt diente. Nach dem Krieg von 1866 kam das Provinzialamt nach dem Domitiusplatz. Die dadurch frei gewordenen Räume standen nunmehr völlig dem Präsidium zur Verfügung. Vor der Klostergründung war das Polizeipräsidium das „Fürstlich Liegnitz-Briegisch Haus“ gewesen; das war im 15. Jahrhundert. Unwillkürlich erhebt sich die Frage: Was wird aus dem alten Polizeipräsidium nun einmal werden, wenn das neue Präsidium fertig sein wird? Wird es dann, ähnlich wie die Elferzeche, zur Behebung der Wohnungsnot in eine Bürgerkolonie umgewandelt werden, oder wird eine andere Bebauung für sich beantragen? Das sind Fragen, die heute noch nicht beantwortet werden können. Soviel steht aber wohl fest: Der Massenbau des alten Polizeipräsidiums hat seine Geschichte noch lange nicht abgeschlossen.

Eine interessante Geschichte hat auch die Breslauer Universität. An ihrer Stelle stand einstmals die alte Breslauer Burg, deren ältester Bau schon im 13. Jahrhundert von den Breslauer Herzögen errichtet worden war. Ein Umbau erfolgte während der böhmischen Herrschaft in den Jahren von 1346 bis 78, später wurde auch während der österreichischen Herrschaft wiederholt an der Burg gebaut, bis sie schließlich im Jahre 1670 vom Kaiser Leopold den Jesuiten gehend wurde. Diese legten die Burggebäude nach und nach nieder und erbauten am Ende des 17. Jahrhunderts zunächst die heutige Matthiasthalle und später, von 1728 bis 1736 das heutige Universitätsgebäude, ursprünglich ein Jesuitenkloster (Jesuitenkloster), jedemals in architektonischer Hinsicht die großartigste Schöpfung des Jesuitentums (Barockstil), die Breslau und Schlesien aufzuweisen haben. Von der eigentlichen Schönheit des Gebäudes kann man sich erst überzeugen, wenn man das Innere betrifft. Schon die Treppenaufgänge und remittierartigen Gänge wirken überraschend schön.

Da, wo sich heute in der Stadtgasse das städtische Gefängnis befindet, war bis zum Jahre 1818 der ehemalige Storch, dessen Erbauungsjahr nicht bekannt ist. Er dürfte aber schon im 14. Jahrhundert bestanden haben, war aber keineswegs der älteste Breslauer Stadtk. Ein solches befand sich B. auch in der Breslauer Straße, in der Gegend des „Alten Weinbodes“, dicht am Christophoriplatz. Ihren eigenen Storch hatte einstmals auch die Breslauer Neustadt und zwar in der Gegend der heutigen Neuen Gasse, unweit des ehemaligen alien Rehtores. In der Matthiasthalle, neben dem ehemaligen Gerichtskreisamt oder „Roten Stern“ stand gleichfalls ein Storch. Unter Storch verstand man ursprünglich einen Holzblock, in den man die Füße eines Gefangenen einspannte, um sein Entlaufen zu verhindern. Später gebrauchte man das Wort in abseiteter Bedeutung für Gefangene schlechthin. Im Mittelalter kamen Gefangene geringeren Standes in den Storch, dann wurden „vornehmere Gefangene“ im Rathaus verwahrt. Auch zur Hinrichtung bestimmte Gefangene wurden im Storch untergebracht.

Das Gerichtsgebäude an der Graupenstraße war ursprünglich Stadtkreisamt, dann Amtsgericht, nach seiner Erweiterung Amts- und Landgericht. Es ist seit 1852 bzw. 1887 vollendet.

Das Museum der bildenden Künste am Museumsplatz wurde von 1870 bis 1880 erbaut. Der Plan zur Errichtung dieses Museums wurde schon vor dem Kriege von 1866 oft erörtert und erwogen, kam aber erst nach dem Kriege zur Ausführung und Vollendung. Zwar wollte die Stadt im Jahre 1874 den für das Museum angebotenen Platz zurückziehen und dafür den Königsplatz hergeben, doch wurde diese Wünsche

„Alles dem Volke, nichts den Fürsten!“
Riesige Kundgebung der SPD. gegen die Habgier der Fürsten.

Zu einer Kundgebung von sel tener Wucht und Einmütigkeit gestaltete sich die gestern abend, 8 Uhr, im „Schleswiger“ stattfindende, von der SPD. einberufene Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Moses über das Thema der Fürstenabbindungen sprach. Nachdem der Vorsitzende Genosse Zimmer, den demonstrativen gegen die Fürstenhabsüter gezeichneten Charakter der Tagung hervorgehoben hatte, ergriff Genosse Dr. Moses das Wort.

Er erinnerte zunächst daran, daß nach den Worten republikanischer Führer auf der Reichsbanner-tagung in Hamburg die Zeit zum Angriff für die Republik gekommen sei. Gege waltig werde der

Endkampf zwischen Republik und Monarchie ausgetragen, der Kampf der Militärs und Junker gegen das Volk. Hinter den schwärzlichen Fahnen ständen außer den bereits erwähnten Kästen jene, die gesamte Wehr erschaf t der Hochschulen, höheren Lehramtaus und Volksschulen. Die Folge davon sei, daß im Großteil der Studentenschaft kein Hauch jener Freiheitsgefühlung von 1848 zu finden sei. Im Kartäuserium, Nationalismus und Antisemitismus erlöste sich die geistige Bevölkerung der heutigen akademischen Jugend. Der Vehlkörper der höheren und Volksschulen habe eine Zusammensetzung, die für alles andere als für die republikanische Erziehung unserer Jugend die Gewähr biete. Unsere Freiheit sei jetzt durchaus monarchistisch geprägt und mache aus ihrer Abneigung gegen die Republik kein Hehl. Der frühere Hoheitsprediger Vogel in Potsdam habe sich ungestritten erdeutzen können,

alle Republikaner als Lumpen zu bezeichnen.

Die Justiz befindet sich im stärksten Widerspruch zum Rechts empfinden des Volkes. Richter und Staatsanwälte seien zum weitesten Teil Gegner der Republik. Wie die Feuerwehrprojekte zeigen, treffe der Vorwurf der Klassenjustiz in vollstem Umfang zu. Auch die Arzte seien in ihrem Standesdienst, der sie zum Kampf gegen die Sozialversicherung sich zusammen schließen, weit vom Idealismus und modernem Geiste entfernt. Bezeichnend für den Geist der monarchistisch gebliebenen Arzte sei die Behauptung eines Breslauer Geheimrats, das Volk sei durch die Unterwerfung gesündigt geworden. Eine gesetzige und korrupte Preußische Hilfe die von den sogenannten „Fürstenrichtern“ bevorzugte und geförderte Verbindung verbreiten, deren ebedes Produkt der Spießer und der sogenannte Parteilose sei. Gerade die beiden letzten Kreise seien ihrer Launheit und Gleichgültigkeit wegen die gefährlichsten Gegner der Republik, des kommenden Volksentscheides.

Genosse Dr. Moses kam dann auf die von uns bereits wiederholt bekannte gegebenen

unverhohlen Forderungen der davongejagten Monarchen zu sprechen und betonte dann, daß für die Fürstenabbindung nicht rechtl. sondern staatspolitische Gründe ausschlaggebend sein müßten. Nicht das Volk habe die Fürsten abzufinden und zu entbinden, sondern die Fürsten haben dem Volk Abfindungen und Entschädigungen zu zahlen. Und unter stämmischer Zustimmung fuhr Genosse Dr. Moses fort: „Wer hat das Volk in den Krieg getrieben?“ Wer hat das ungünstige

Ende der Kämpfe, Witwen, Waisen und Verarmten verschuldet? In erster Reihe unverkennbar die Fürsten und ihre Militärs. Dem Andenken unserer Toten seien wir es schuldig, daß wir die frechen Forderungen der „Landesväter“ den härtesten Kampf entgegensetzen. Leider scheint der größte Teil des Volkes vergessen zu haben, daß wir 2 055 000 Tote zu beklagen haben, darüber eine weitere Million aus der Zivilbevölkerung, die an Not und Entbehrungen gestorben seien. Hinzu trete das gewaltige Heer der Kriegsbeschädigten und Versorgungsberechtigten, das 2½ Millionen umfaßte. Allen bekannt sei es, in welch jämmlicher Weise die Opfer entschädigt würden. Über genügend Mittel habe man, um die Legion der abgetretenen Offiziere der alten Armee, die doch durchweg gegen die Republik konspirierten, ausreichend zu versorgen.

Der Redner entwarf dann in Worten von sel tener Ein dringlichkeit und Plastik ein Bild des unsäglichen sozialen Jammers unserer Zeit, das besonders unter den Kindern herrscht. Die Volksgesundheit sei auf der ganzen Linie im Schwinden begriffen. Tuberkulose, Räbosis und Unterernährung, jene unheimlichen Krankheiten aus den Kriegsjahren, begannen wieder zu wüten. Und in einem solchen Augenblick befallen die Potentaten a. D. die beispiellose Annahme, mit Milliardenforderungen zu kommen.

Die einzige richtige Antwort wäre es, das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der Fürsten zu konfiszieren,

die Schlösser und Villen dem Volkswohl dienstbar zu machen.

„So soll das Volk seine Fürsten abschaffen!“

Genosse Dr. Moses läßt dann in außerordentlich wirksamer Weise Kritik an der Entscheidungsoffensive, welche die Reaktion zur Durchführung der öffentlichen Meinung unternommen hat und widerlegte an Hand von amtlichen Dokumenten die Orlöschhofflegende. Er stellte demgegenüber fest, daß der militärische Zusammenbruch von 1918 nicht das Werk der Revolution, sondern auf das Verfolgen der Generäle und Marschälle zurückzuführen sei. Die alten Machthaber haben einen Klümpchenhau hinterlassen. Anstatt aber die Hand an den Wiederaufbau zu legen, versuchten sie, aus dem ausgesagten Volle das Letzte herauszupressen. Die Fürsten und Potentaten hätten sich damit abgängen, daß ihre Zeit längst vorbei sei. Ihre Helferhelfer, die zum großen Teil als Beamte der Republik vom Volke bezahlt werden, sollten endlich einsehen, daß sie dem Volksstaate zu partieren hätten. Wenn nicht, sollten sie sich zum Teufel scheren.

Unsere Lösung sei: Nieher mit der kulturrevidentlichen Reaktion!

Für die Republik, für das Volk, für die ganze Menschheit!

Nachdem sich der stürmische Beifall gelegt hatte, stellte Genosse Zimmer mit Recht fest, daß dieser Widerhall der Ausdruck des Dankes der vielen Zuhörern von Zuhörern sei die vor treffliche Ausführung des Redners sei. Er richtete dann die eindringliche Mahnung an die Anwesenden, sich in die Lüsse zum Volksentscheid einzutragen zu lassen und schloß die Versammlung mit der Lösung:

„Alles dem Volle, nichts den Fürsten!“

auf den Einspruch der Museumskommission lassen gelassen, so daß der mehrfach revidierte Bauplan ums Jahr 1875 zur Ausführung gelangte.

Zum Schluß sei noch ein Gebäude erwähnt, das heute längst nicht mehr steht, nach dem aber der Wachtplatz seinen Namen führt. Es ist das Wachthaus, das früher dort gestanden hat. Im Jahre 1894 beantragte der Bezirksverein der Nikolaivorstadt beim Magistrat eine amtliche Benennung des Platzes und schlug Friedrich-Wilhelmsplatz vor. Der Magistrat konnte sich aber für diesen patriotischen Vorschlag nicht erwärmen und beschloß es bei der von den älteren Leuten allgemein gebrauchten Bezeichnung „Wachtplatz“, zur Erinnerung an das gestragte Wachthaus. Bei dieser Gelegenheit sei auch der alten Fabrikatze gedacht, die auf dem Wachtplatz stand und vor Jahren abbrannte. An ihrer Stelle steht heute die Zigarettenfabrik Halpau.

Der Fall Paul vor den Stadtverordneten.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beschloß gestern abend, in der Stadtverordnetenversammlung am morgigen Donnerstag eine öffentliche Anfrage an den Magistrat wegen der Unterschreitung und Buchhaltungen an der Großabteilung der Städtischen Sparkasse einzubringen.

Was geht an der Cecilienhalle vor?

Am Montag haben wir eine Mitteilung des Magistrats veröffentlicht, wonach der Leiter dieser Lehranstalt, Oberstudien direktor Professor Dr. Geipel, aus Gesundheitsrücksichten einen Erholungsurlaub nachgegangen hat und am 1. Juli aus dem Dienst entlassen wird. Der Fall darf nicht unbemerkt bleiben. Am Dienstag darf nicht unbemerkt bleiben. Wie wir erfahren, sind an der Cecilienhalle Dinge vorgekommen, die Geipel als ungeeignet zum Altdenkenschüler erscheinen lassen. Als die Schulverwaltung davon Kenntnis erhielt, stellte sich prompt die Krankheit des 55jährigen gesunden Mannes ein, der nun pensioniert werden soll. So wird der Mann von der Stadt eventuell 60 000 Mark Pension beziehen, bis er wirklich ins pensionsfähige Alter kommt. Unsere Fraktion darf nicht mit dem Gelde der Steuerzahler nicht umgegangen werden. Gegen Dr. Geipel ist vielmehr ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlastung einzuleiten. Stellen sich seine Handlungen als schwere Verstechungen heraus, dann ist er ohne Pension zu verabschieden, andernfalls wäre er an eine Knabenschule zu versetzen. Dr. Geipel darf sich gratulieren, daß er nicht Sozialdemokrat ist, man kann sich vorstellen, mit welchem Geschrei und welchen Überreibungen der Fall von der anderen Seite ausgenutzt werden würde. Aber daß ein 55jähriger bisher gesunder Mann stillschweigend pensioniert wird, und auf Kosten der Allgemeinheit ein beschauliches Leben führt, das kann von uns nicht geduldet werden.

Ein gescheiterter Klingelschreiber.

Der Arbeiter Rudolf Wallot ist erst 25 Jahre alt und doch hat er schon verschiedene Jahre Jochhaus auditiert erhalten. Seit seinem 15. Lebensjahr ist er fortwährend mit den Klingelschreibern, die Gefangene eingeschlossen folgten dann die Jochhausstrafen. Seinen erlittenen Strafen erlitten er in Oppeln, Stettin, Neisse, Görlitz und Breslau. Jetzt stand er in Breslau vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, um sich wegen Einbruchs in die Klingelschreiber zu verantworten. Wallot hört sehr schwer, auch sonst sieht er sehr schlecht aus und deshalb sollte man ihn einmal eingehend untersuchen. Im April vorjährigen Jahres war er von Oppeln nach Breslau gekommen. Hier machte er dann auf der Hohenstaufenstraße und Kronprinzenstraße Klingelschreiber. Nachdem er durch Klingeln oder auch durch Rauftragen bei den Nachbarn festgestellt hatte, daß in der betreffenden Wohnung niemand zu Hause ist, öffnete er die Eintreitür mit einem Dietrich. In die Wohnung gelangt durchdrangte er dann alle Behältnisse aus Wertsachen. Am 23. April, mittags gegen 12 Uhr, war er auf diese Art bei dem Wärter Reinhardt eingedrungen und hatte außer anderen Wertsachen auch eine Brusttasche mit Geld geföhlt, in der sich auch zwei Pässe befanden. Am 23. April

stattete er in der Mittagszeit einer Hausmeisterin einen Besuch ab, der er 40 Mark Geld, Trauringe und eine Uhr wegnahm. Eine Frau hatte den Einbrecher wohl im Hause gesehen, aber sie hatte nicht gewußt, daß er eingedrungen hatte. Am 27. April kam der Einbrecher zu einem Strafbeamtenführer auf der Kronprinzenstraße und stahl hier, während die Frau im Wachthaus war, eine Herrenuhr, Trauringe, für 90 Mark altes Silbergeld und einen Kronungstaler. Am 29. April lehrte er wieder auf der Hohenstaufenstraße ein. Hier öffnete er eine Warterkewohnung und stahl Ringe, Münzen und einen Anzug. Als er das Haus verließ, wurde er beobachtet, und da er sich schnell in das Nachbarhaus begab, holte man einen Polizeibeamten herbei, der ihn verhaftete. Vor Gericht gab er nur den leichten Einbruch zu, bei dem er verhaftet worden war, aller anderen Diebstähle bestritt er. Daß er aber auch den Diebstahl bei dem Wärter ausgeführt hat, wurde ihm dadurch bewiesen, daß einer der betreffenden Pässe bei ihm gefunden wurde. Er behauptet allerdings, er habe den Paß für 2 Mark gekauft. Wie noch in der Verhandlung zur Sprache kam, ist Wallot aber auch ein gewandter Ausreißer. Während er in Groß-Strehlig eine Strafe verbüßte, meldete er sich frei, worauf er in das Altersheilshospital nach Breslau geschafft wurde. Nach acht Tagen hatte er eine Gelegenheit ausgenutzt und war entwichen. Erst nach etwa einem Vierteljahrhundert konnte er in Ohlau wieder festgenommen werden. Jetzt beantragte der Staatsanwalt wegen Rückabtriebsstrafe 3½ Jahre Jochhaus. Das Gericht erkannte aber auf 5 Jahre Jochhaus, 5 Jahre Ehrenverlust und Polizeiaufsicht. So hat der jetzt 25jährige Wallot noch insgesamt länger als 10 Jahre Jochhaus zu verbüßen.

Der Freiheitsdrang.

Wer des öfteren die Gerichte besucht und dabei oftmals Gefangene bei der Vorführung und Aufführung beobachtet hat, dem wird bei fast jedem Gefangenem der Blick aufgeworfen sein, den er nach der Ausgangstür wärft, die nach der Straße führt. Viele Unternehmen bei der Gelegenheit des Vorführens aus dem Untersuchungsgefängnis einen Ausbruchsvorfall und manchen ist es schon gelungen, längere Zeit die Freiheit zu genießen, bis er wieder ergriffen wurde.

Auch am Dienstag mittag wollte wieder ein Untersuchungsgefangener ausrücken. Er hatte sich wegen einer Lappalie vor dem Einzelrichter zu verantworten; saß aber wegen einer anderen Sache in Untersuchungshaft, in der er wohl eine längere Strafe zu erwarten hat. Als er zum Gefängnis zurückgeführt wurde, und schon bis in die Nähe des Zuganges gebracht war, brachte er den alten Justiz-Hilfswachtmeister zu Fall. Schnell rannte er eine Treppe hinauf und einen langen Korridor entlang. Der geflügelte Wachtmeister hörte aber schnell die Peife gezogen und dadurch alle Beamte im Hause alarmiert. So wurde der Ausreißer von allen Seiten verfolgt. Auch sein letzter Versuch, einen Kohlenkarren quer über den Korridor zu schieben, um seine Verfolger aufzuhalten, mißlang, da er selbst darüber hinstürzte, sodass er festgenommen werden konnte. Nicht gerade sanft wurde er nun in das Gefängnis zurückgebracht.

Im Hungerfasten.

Seit Anfang dieses Monats produziert sich im Victoria-Theater der Bergmann Franz Grünelli als Hungerfastender und es verleiht sich wohl, einmal auf die „Technik“ einer solchen Hungerkur etwas näher einzugehen.

Grünelli ist 24 Jahre alt, von Beruf Bergmann, Barfüßer und Gewerkschaftler. Er ist vor Jahren das erste Mal unfreiwillig einer Hungerkur unterworfen, deswegen, als er das Bergwerkshäuschen hatte, infolge von Verschüttung.

Später hat er dann seine Fähigkeit zu längeren Hungerskuren denkbar ausgenutzt, um sich öffentlich als Hungerläufer feiern zu lassen. Am 2. Februar hat er das letzte Mal bei uns in Breslau. Am 2. Februar hat er das letzte Mal richtig gegeessen, am 3. Februar nahm er nur einen kleinen Teiler Schlemmepuppe zu sich, am 4. Februar war die Sackzappensuppenportion noch kleiner, am 5. Februar trank er ein Wasserglas mit zweidrittel Milch und einviertel Wasser, am 6. Februar

Ursachen der zu großen Sterblichkeit in Schlesien.

Die Sterblichkeit der Bevölkerung Schlesiens ist größer als im übrigen Reich. In einem Jahre, ohne Epidemien oder sonstige Ausnahmehandlungen, beträgt der Anteil in

Niederschlesien

	des Reiches	Preußens
der männlichen Einwohner	4,9%	8,0%
der Todesfälle männlicher Einwohner	6,0%	9,8%
der weiblichen Einwohner	5,2%	8,5%
der Todesfälle weiblicher Einwohner	6,3%	10,4%

In Oberschlesien

der männlichen Einwohner 2,2% 3,5%

der Todesfälle männlicher Einwohner 2,8% 4,7%

der weiblichen Einwohner 2,2% 3,6%

der Todesfälle weiblicher Einwohner 2,9% 4,7%

Unter den einzelnen Todesursachen, deren Summe zu jener hohen durchschnittlichen Sterblichkeit in beiden Provinzen Schlesiens führt, gibt es natürlich auch einige, deren Häufigkeit den Durchschnitt für Schlesien nicht oder gerade erreicht. Auch sie sind, soweit sie über dem Durchschnitt des übrigen Reiches liegen, zu häufig. Ihre Entstehungsursachen werden aber wegen der immerhin kleineren Abweichung vom Durchschnitt des übrigen Reiches nicht ohne weiteres Aufklärung über die besonderen Verhältnisse Schlesiens geben, auf die die zu große Sterblichkeit in Schlesien zurückzuführen ist. Dagegen gestatten einen härteren Einblick all jene Todesursachen, deren Häufigkeit noch über dem Durchschnittsanteil Schlesiens liegt.

Den Durchschnittsanteil der Todesfälle, also wie in vorstehender Tabelle: 6,0%, 9,8% usw., übertreffen in

Niederschlesien

die Todesfälle mit einem Gesamtanteil von Prozent an denen

bei der männlichen Bevölkerung infolge Preußens des Reiches

Magen- und Darmskatarrh, Brechdurchfall 13,8% 7,8%

Anderer Verdauungsbeschwerden 10,7% 6,7%

Fluor 12,9% 8,6%

Änderer Erkrankungen der Atmungsorgane (ohne Lungenschwindsucht und Entzündung) 10,9% 6,8%

Selbstmord 11,4% 6,8%

dagegen war der auch schon hohe Durchschnitt (wie oben) 9,8% 6,0%

bei der weiblichen Bevölkerung infolge Magen- und Darmskatarrh, Brechdurchfall 13,0% 7,6%

Anderer Verdauungsbeschwerden 11,0% 6,9%

Fluor 13,9% 9,1%

Änderer Erkrankungen der Atmungsorgane (ohne Lungenschwindsucht und Entzündung) 12,0% 7,6%

Altersschwäche 11,4% 6,6%

dagegen war der auch schon hohe Durchschnitt (wie oben) 10,4% 6,3%

Bei der männlichen Bevölkerung dürfte zunächst die schlechte Ernährung — besonders der Kleinkinder — auf ungenügende Gesundheitsfürsorge und zusammen mit der Häufigkeit der Schismatiden betrachtet auf ungünstige Wirtschaftsverhältnisse zurückzuführen sein; die übrigen besonders häufigen Todesursachen größtenteils auf das Klima. Bei der weiblichen Bevölkerung liegen im allgemeinen die gleichen Gründe für die zu hohe Sterblichkeit vor. Die größere Sterblichkeit an Altersschwäche ist eine Folge des stärkeren Frauenüberschusses.

In Oberschlesien

übertreffen den Durchschnittsanteil der Todesfälle

die Todesfälle mit einem Gesamtanteil von Prozent an denen

bei der männlichen Bevölkerung infolge Preußens des Reiches

Magen- und Darmskatarrh, Brechdurchfall 8,7% 5,0%

Angeborener Lebenschwäche 7,7% 4,4%

Krankheiten der Atmungsorgane (wie oben) 5,2% 3,2%

Verunglüchungen 5,7% 3,7%

Dagegen war der auch schon hohe Durchschnitt (wie oben) 4,7% 2,9%

bei der weiblichen Bevölkerung infolge Magen- und Darmskatarrh, Brechdurchfall 8,8% 5,1%

Angeborener Lebenschwäche 7,5% 4,4%

Krankheiten der Atmungsorgane (wie oben) 5,8% 3,7%

Altersschwäche 5,4% 3,1%

Bei der männlichen Bevölkerung Oberschlesiens tritt noch zu den obigen Hauptursachen die Häufigkeit der Verunglüchungen hinzu, überwiegend hervorgerufen durch die gefährliche Bergwerksarbeit. Selbstmorde dagegen sind selten.

Für die Todesfälle der weiblichen Bevölkerung Oberschlesiens gilt das gleiche wie für die Niederschlesiens.

Kennt man erst die Ursachen eines Klimandes, so läßt sich zu seiner Beseitigung eher etwas tun. Gegen die zu große Sterblichkeit in Schlesien gäbe es ihren Ursachen nach, so weit sie sich überhaupt beseitigen lassen, drei Heilmittel: Erhöhung der Lebenshaltung (zu erreichen durch höhere Löhne und durch die Förderung der schlesischen Industrie und Landwirtschaft ihrem volkswirtschaftlichen Wert entsprechend durch das Reich), bessere Gesundheitspflege und dauernd verbesserte Maßnahmen zur Unfallverhütung in den Bergwerksbetrieben.

Umtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenhöfe vom 23. Februar 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Ermäßigungspreis ab bestimmter Verabreitung in vollen Wagonladungen mit Ausnahme von Buttermitteln, die sich Brachtpreis Breslau verleihen). Tendenz: Getreide: Uneinheitliches, auswählbares, schweres, für Exportzwecke geeignete Getreide wird höher bezahlt. Hülsenfrüchte: Spellenhülsenfrüchte weiter gesetzt. — Kauffutter: Sehr hoch. — Buttermittel: Blatt. — Weiß: Nahig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg): mittlerer Art und Güte der letzten Entente bei sofortiger Bezahlung.

Großteil:	23.	22.	Deutsche	23.	22.
Wizen 74kg*	23,00	24,00	R. Wintertaps	—	82,—
Hopfen 71kg*	14,20	14,20	Seitmann	—	82,—
Hafer, neu	14,60	14,70	Seitmann neu	—	86,—
Hafergras neu	15,80	16,00	Hansjoot	—	22,—
Winter-Gehse	14,30	14,50	Wohn, blau neu	—	108,—

* Hefeloliter bzw. Eßfettgewicht.

Hülsenfrüchte (je 100 kg): mittlerer Art und Güte der letzten Entente.

	23.	19.	23.	19.
Witterndorfer	24,00-32,00	24,00-32,00	Wiederbohm	19,00-20,00-20,00
U. gelbe Erben	19,00-21,00	19,00-21,00	Widder	19,00-21,00
U. grüne	24,00-30,00	24,00-30,00	Welschken	16,00-18,00-18,00
Frütererden			Lupin, gelb	13,00-14,00-14,00
welche Bohnen	18,00-23,00	18,00-23,00	Lupin, blau	12,00-13,00-13,00
Gelbe Mittelerben	20,00-22,00		Hirse —, Buchweizen —	
Hauhfutter:	23.	19.	23.	19.
R. u. W. Drahtpreßfr.	1,20	1,20	geb. Gerst. u. Hafer	—
R. u. W. Edelpreßfr.	0,85	0,85	Hopfen-Gr. St. Weißdr.	1,40
G. u. h. Drahtpreßfr.	1,20	1,20	Hopf.-Gr. Riegeldr.	—
G. u. h. W. W. B. preßfr.	0,85	0,85	Heu, gerund, trocken	3,40
geb. Welt. u. R. Gr.			Heu, gut, gel., trocken	3,90

Feine und feinste Qualität entsprechend höher.

Kuttermittel. Rechtshende amtliche Preise für Kuttermittel verzeichnen sich für 100 kg Partikel Wagon iel Breslau für ganze Wagonladungen.

	23.	18.	23.	18.
Weizenkleie	9,72	11,00	10,00-11,00	10,50-11,50
Hopfengelen	9,00	10,00	9,00-10,00	8,40-9,00
Reisflocken	22,75	24,25	23,00-24,50	22,50-23,75
Rapsflocken	15,50	16,50	15,50-16,50	15,50-16,50
Kamtschuka	14,50	15,50	14,75-15,75	14,50-15,75
Kofostuchen	22,25	23,25	22,50-23,50	22,50-23,50
Kofostuchen			melasse 100%	9,25-10,00
Pointernkrot	14,00	15,00	14,00-15,00	12,50-13,00
Kartoffelkrot	24,00	25,00	22,00-23,00	18,00-19,00
Bitterbeere	14,00	15,00	14,50-15,50	12,00-13,00
Gesternkleie	11,00	13,00		
Sonneblumenkörner (46%)	15,25	16,25		
Baumwollsaatmehl (50%)	20,25	21,25		
Erdnusskörner (50%)	21,25	22,25		

Umtliche Notierung für Mühlenprodukte (je 100 kg):

	23.	22.	23.	22.
Weizengemel	24,50	34,50	Auszugmehl	40,00
Hopfengemel	23,00	23,00		40,00

*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

„Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiss!“

Was der Straße, hübsch und niedlich,
Vor mir her zwei Damen gehn,
Viere Jungen, wie's so läßt,
Absolu' nicht still sie stehn.
Said' ne Strumpf, kleine Schuh'chen,
Bellywerk auf dem Mantel drauf,
Und noch jede Gintawitsche
Hollbach' bis oben auf.
Steigert paßt nimm. Da tu' höre?
Für gewöhnlich tu' ich's nicht,
Doch hier lädt mich's, weil Erregung
Aus den Männer beider spricht.
Und was hör' ich?
Spricht die Eine — die Begeiste — die so keine —
Was will bloß der Staat von uns?
Mädchen bloß viel Steuern geben,
Mädchen immer färger leben,
Mädchen stets zu Haus bloß sein;
Kann sich kaum noch machen sein.
Spricht die Andere: „Nicht gesprochen,
Ja, es ist ein traurig Los;
Nur die Kriegerwitwen können
Sich jetzt nur so mächtig groß.
Und die Männer, die gegeben,
Ihren Arm, vielleicht das Bein,
Geben jetzt ein herrlich Leben,
Sollt' man dort mal schrägen ein!
Wölle nun nicht länger hören,
Lippie leis' die Weiden an.
Bitt', ich will Sie nicht lang' tören,
Auch ich hab' hin meinen Mann.
War mein Liebster und mein Bestes!
Hat so gern, so gern gelebt.
Hat mit mir und seinem Kinde
Sets in wonn' gem Glück geschwecht.
Und das Kind wächst ohne Vater,
Und wir sind so ganz allein,
Müssen fangen, müssen sorgen,
Ohne jede Freude sein.
Meinen Liebsten mir zurück.
Geben Sie dafür den Ihren.
Damit Sie haben unter Glück!
Ging dann traurig meines Weges,
Doch der Stunden Weh und Kot,
Wo gewünscht ich, daß wir wären
Beide wie mein Liebster tot.
Kann nur sorgen, kann nur sorgen,
Hab' nicht Freunde, hab' nicht Lust,
Und in Kummer vor dem „Bogen“,
Drück' mein Kind ich an die Brust.
Armes Deutschland! Solden Frauen,
Gibst du Heim und gibst du Brot.
Mich kann es nun nicht mehr wundern,
Doch du kamst in solche Not.
Denkt voll Abscheu an die beiden,
Fühl' im Herzen tiefen Riß.
Und es hängt mit in den Ohren:
„Der Dank des Vaterland's ist euch gewiss!“

Gerrud Rieder.

<h2

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Gaststätten

BRAUEREI und AUSSCHANK

Zum großen Meerschiff

Inh.: E. Vogel

Reuschstraße 28 Telefon: Ring 2258
Nur selbstgebräute Biere
Anerkannt gute, preiswerte Küche

Am billigsten kaufen Sie aus erster Hand

Decken Sie daher Ihren Bedarf an Spirituosen, die in jeder Preislage vorrätig sind, nur im

Brennerei - Ausschank Hermann Rother
Matthiasstraße 35.

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren-, Wein-, Tabak- und Zigarren-Handlung
Eduard Jähnel, Breslau
Herdainstr. 55 Tel. Ohle 1658

Paul Krause & Co.

Gurkeneinlegerei
Sauerkohl- und Rohrkonserven-Fabrik

Fernsprecher Ring 9094
Breslau, Friedr.-Wilhelmstr. 67

Fahrräder und Reparaturen

Mach Dir Dein Motor- oder Fahrrad Sorgen,
Bring's zur Kraft- u. Fahradzentrale Hubenstr. 38,
Dort wird's für wenig Geld knorke.
Vulkanisieren von Autos u. Fahrradreifung.
Ringwalzen usw. Luftballon äußerst billig.
Übernahme Einstellen u. Verkauf von Motorsrädern.

Reserviert für

Fahrradhandlung Alfred Prokopetz
Martinistraße 2

Gebr. Kobsch Anderseensstraße 2
Ecke Friedr.-Wilh. Str.
Fahr- und Motor-Räder — Reparatur-Werkstatt

Walter Kunze Telefon: Ohle 5988
Fahrrad-Handlung - Hildebrandtstraße 17/19

August Chirich Breitestraße 43
Fahrrad-Handlung, Ersatzteile, Reparatur-Werkstatt

Fahrradhaus „Frisch auf“
BRESLAU, Nikolaistraße 42
Bundesgeschäft d. Arb.-Rad.-Bundes, Solidarität

Karl Bohn Scheitinger Straße 33
Fahrräder Nähmaschinen
Tel. 0. 5860

Paul Schlape Tauritzien-
straße 149
Fahrradhandlung u. Reparatur-Werkstatt

Leo Glush Fahrradhandlung u. mechan.
Werkstatt m. elektr. Betrieb
Autogenische Schweißanlagen, Eig. Emailieranstalt
BRESLAU I, Neumarkt 12 (Laden)
Fernsprecher Ring 3587 — Teilzahlung gestattet

Johann Kluger, Matthiasstraße 152
Fahrräder, Motorräder, größte Repar.-Werkstatt

Th. Larisch Neue Matthiasstr. 5
Fahrradhandlung und Reparatur-Werkstatt
V.L.L. u. G.-Fabrik — Frisch — Weiß — Gold

Elektro-Technik, Elektro-Installation

Elektrische Licht- und
Kraftanlagen Tel. R. 7242

Paul Knechtig, Brzeska 5, Gräbschener Straße 71a
Motore, Belichtungskörper und Zubehör in jeder Ausführung — Vertriebssuch kostenlos und unverbindlich

Bei Störungen
an Ihrer elektrischen Leitung sowie Neu-Anlagen
rufen Sie zur
Ring 7903 Ohle 6193

Richard Gellert
Elektro-Installation
ia Referenzen

Ofen
Ofenarbeiten

Weigelt, Breslau, Brüggenstr. 22
Zimmer auch auszubauen

Blumen

W. Böckel, Kremser Gräbschener Straße 82a
Blumenarrangements für Freude und Leid
Tel. Stein 37873

Molkerei-Produkte

Alois Henschel & Co.

Milchgroßhandlung und Molkereiprodukte
Brunnenstraße 34

Telephon Ohle 4931

Fleisch- und Wurstwaren

Johann Kursawe Alfons Schmidt

Paulstraße 21 Scheitinger Straße 30

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Hermann Hawlitzky Mariannen-
straße 4 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Igel Neudorfstraße 44
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Karl Märgner, Steinauer Straße 1
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Ernst Hoffmann

Räbenstraße 30 Filiale: Hildebrandtstraße und Alsenstraße 26

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Reinhold Dziallas, Mehlgasse 41
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Richard Stampe, Koschütz-
straße 5 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Biedermann Gräbschener
Straße 260 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann, Herda-
instraße 106 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Victor Warwas Hubenstr. 112
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Max Breuer, Steinauer Straße 6
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Reinhold Vogler Piesten-
straße 28 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Bäckereien und Konditoreien

Wilhelm Pajonk

Anderseensstraße 22 Fernruf Ohle 9477

Brot- und Kuchenfabrik

Friedrich Berger

Kreuzstr. 38 — Tel. Ring 6673

Bäckerei : Konditorei : Bestellgeschäft

Hans Dulog Nachodstraße 23
Bäckerei — Konditorei — Bestellgeschäft

Bäckerei : Konditorei : Bestellgeschäft mit elektr. Betrieb

Georg Zorowka Westend-
straße 65

Schuh- und Lederwaren

Schuhhaus Ohr

Fernruf Ohle 623 Breslau 2 Herdastraße 25

Spezialhaus für feines, gediegenes Schuhwerk.

Sportschuhe!

Wo kann man seine Lederschuhe? Bei Gutsche, überall empfohlen.

Albert Gutsche Breslau, Friedr. 29/31
Leistungsfähige Lehr- und Schuhmacher - Fertigung Breslau

Gräbschener Straße 13/21 Käffchenstr. 14 Löwenstr. 27

Emil Kömpf, Friedr. II Friedr. - Wilhelms-
straße Nr. 84 Offenbacher Lederwaren — Eigene Werkstatt

Oswald Grunwald

Tel. Ohle 910 Tauritzienstr. 130 Tel. Ohle 910

Lederhandlung — Lederauschnitt

Bedarfsartikel

Breslau 8 Josef Jupe Löschstr. 13

Reichhaltiges Lager in Ober- u. Unterleder

— große Auswahl im Ausschnitt —

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte

Albert Mendel

Friedrichstraße 20 Teleph. Ohle 6372

Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte

Tapeten

Mod. Tapeten in allen Preislagen

empfohlen: Tapetenhaus

W. Böckel, Kremser 72 — Tel. 1-57

Drechsler

Ihre Dienste, Spezialarbeiten, Uhren, Haarschmuck

Spiegel Drechslerstr. Wilhelm Arnold, Breslau 1, Sandstraße 18 — Tel. Ohle 3006

Verein der Freidenker für Feuerbestattung e.V.

Sitz in Berlin.

Geschäftsstelle Schlesien Breslau, Gewerkschaftshaus

Margaretenstr. 17.

Tel.: 0. 7370. Postscheckkonto Breslau 937.

In der Geschäftsstelle nur Auskünfte,

keine Beitragszahlungen.

Sterbefallmeldungen beim Vorsitzenden J. Gabriel,

Augustastr. 121.

Zahlstellen in Breslau und Umgegend:

Mandowsky, Zigarrensgeschäft, Gewerkschaftshaus

Gießmann, Friseur, Grabschener Str. 70

Litwa, Privatwohnung, Hochwaldstr. 14

Behrhardt, Produktenhandlung, Mariannenstr. 3

Müssig, Milch- u. Butterhandlung, Promnitzstr.

Tamm, Privatwohnung, Benderplatz 16

Wunderlich, Vorkosthandlung, Blücherstr. 8

Otte, Privatwohnung, Elsterweg 26

Simon, Gastwirtschaft, Hubenstr. 13

Eigenbrodt, Privatwohnung, Reuschestr. 28

Freyer, Brockau, Parkstr. 5b

Kleinert, Hermann, Maria-Höfchen b. Breslau

Kaufhäuser

Herrn. Abend Trikotagen, Weiß-,
Woll- und Kurzwaren
BRESLAU 6, Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 47.

Kaufhaus H. RUSS

Friedrich-Wilhelm-Straße 92
Spezialgeschäft in Manufaktur-, Kurz-, Weiß-,
Wollwaren, Trikotagen, Strümpfen, Handschuhen

Kaufhaus „Unsere Jung“ Anderseenstr. 33,
Ecke Westendstr. Spezialgeschäft für Schul-, Sport- u. Blusen-Anzüge.

Mäppchen und einzelne Hosen
Herren- und Knaben-Trikotwäsche.

Oskar Baum, Sternstraße 77,
Ecke Hedwigstr. Kleider — Blusen — Röcke — Wäsche
Schürzen — Strümpfe — Handschuhe — Kleider- und Wäschestoffe —

Kaufhaus Friedländer

Neudorfstraße 15 Trikotagen, Strümpf- u. Kurzwaren
Spezialität: Oberhemden, Strickwesten

Gescho. Müsir, Klosterstraße 115

Manufakturwaren — Wäsche — Strümpfe

J. Richter Nf. Taugentstrasse 86
Kurz-, Weiß-, Wollwaren — Wäsche
Strümpfe — Trikotagen — Schürzen

Auguste Hoffmann

Rosenthaler Straße 61 Wäsche — Trikotagen — Stoffe

Bekleidungshaus J. Ruben Frankfurter Straße 60/62
Herren-Bekleidung fertig und nach Maß.

E. Leuchtag Wachtplatz

Damen- und Kinder-Konfektion

Kaufhaus Adler

Fürstenstraße 2 Fürstenstraße 2

Spezialhaus für Berufskleidung Jeder Art

Manufakturwaren, Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Trikotagen, Strümpfe, Handschuhe

Besondere Angebote in Schürzen

A. Kapsi

Klosterstraße 67 Telefon Ohle 8423

Herren- und Knaben-Garderobe

Manufaktur- und Schnittwaren

Kaufhaus Gertrud Salz

Neudorfstr. 76, Ecke Sedanstraße.

<p

Sozialistische Literatur-Rundschau

Kurze Hinweise.

Über die russische Revolution wird viel theoretisiert, während es in deutscher Sprache an unbedeutenden Schlußfolgerungen der Vorgänge selbst nicht allzu viel zu lesen gibt, zumal die im sogenannten sozialen Vorgängen, wie die Gegenrevolution Rotschalls, der Aufruhr der sozialen Gewerkschaften und andere gesellschaftlich bedeutsame Vorgänge der entscheidenden ersten Jahre der Sowjetrepublik, werden heute mehr legenderhaft vom sozialdemokratischen wie vom antikommunistischen Standpunkt aus dargestellt. Da ist ein Buch willkommen, das jedoch ein Deutscher vorlegt, der diese Dinge als Erwachsenen mit offenen Augen miterlebt hat. Der Verfasser, W. Vogel, ist deutscher Arbeiterkrieger als wirtschaftspolitischer Mitarbeiter linksstehender Blätter gelegentlich auch unserer Parteipresse bekannt. Seine Einschätzung ist frontal und demokratisch und er verteilt Licht und Schatten auf Bolschewisten, Tropenarbeiter, Tschechen, Jaristen usw. mit sachlichem Beimischen von Objektivität. Im ganzen erscheint dadurch der Sieg der Sowjetmacht in Russland als historisch notwendig. Das Buch heißt „Was ist in den Weiken und Roten“ und ist im Verlag der „Welt am Montag“ erschienen. Der Preis liegt weit unter den üblichen Säcken für Kassenwerke.

Der seit kurzem entbrannte Kampf um das Gemeinderecht macht es dem Sozialisten in erhöhtem Maße zur Pflicht, sich genauer mit der Alkoholfrage zu beschäftigen, um ein sachlich begründetes Urteil über dieses Problem zu bilben. Es sei darum hier auf zwei neuere Schriften außerordentlich gemacht, die besonders geeignet erscheinen, in diesen Gedankenkreis einzuführen. Wilhelm Sollmann („Sozialismus der Tat“) zeigt an statistischen Angaben das ständige Wachstum des Alkoholkonsums in den letzten Jahren und weist die Unwirtschaftlichkeit der Alkoholproduktion im Vergleich zu der Erzeugung nützlicher Nahrungs- und Genussmittel nach. Der Hauptwert seiner Schrift liegt jedoch in der lebendigen Schilderung der Kämpfe, die im Reichstag um die Neugestaltung der Gesetzgebung im Sinne einer Einrichtung des Alkoholverbrauchs geführt wurden. Ein Jenseits („Sozialistische Lebensreform“) sucht die Enthaltenskette (Abstinenz) als eine bisher zu wenig beachtete Waffe im Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu erweisen. Er meint, daß die Abstinenz keine lebensvernerende Askese, sondern im Gegenteil eine Verfeinerung des Genussbürgertums bedeutet. Diese Schrift ist vom Standpunkt der radikalen Abstinenzler aus gedacht und wird daher auch widerpruch erweisen. Als Information über diesen Standpunkt wird sie aber auch den Anderen interessieren. Der Verlag ist der des „Arbeiter-Wohinenterbundes“ (Berlin SO, Engelstr. 23.)

Eine Einführung in die Tatsachen des modernen Wirtschaftslebens.

Sah. Otto. Die Welt der Wirtschaft vom Standort des Arbeiters, Verlag Gewerkschaftsbüro Jena, 1926, 191 S.

Das Buch stellt sich die Aufgabe, die Organisation der modernen kapitalistischen Wirtschaft in gemeinschaftlicher Weise darzustellen. Diese Aufgabe erfüllt es und es kann darum als allgemeine Einführung in die Volkswirtschaftslehre und zur Vorbereitung für die Lehre von Bildern eigentlich theoretischen Inhalts (d. h. solchen, die die gesetzähnlichen Zusammensetzung und Abhängigkeit der einzelnen wirtschaftlichen Phänomene erläutern) bestens empfohlen werden. Im einzelnen schildert das Buch die kapitalistische Unternehmung und ihre Formen und Verbindungen, weiter den kapitalistischen Markt und seine Organisation durch Kartelle, Börsen, den Arbeitsmarkt usw.

Es sei an dieser Stelle gestattet, gerade, weil wir glauben, das Buch in allgemeinen einen empfehlen zu können und ihn eine weite Verbreitung und neue Auslage wünschen, auf eine knappe Punkte hinzuweisen, in denen es verbesserungsbürtig erscheint. Da ist zunächst in manchen Fällen eine etwas schärfere Begriffsbildung erforderlich. Man sollte nicht, wie es in Deutschland immer und immer wieder geschieht, die Kartelle, d. h. Verbände von Unternehmungen mit monopolistischem Zweck, bei denen die einzelne Unternehmung selbstständig bleibt, als „horizontale Zusammensetzung“ der „Vertikalen“ gegenüberstellen und als Vorstufe der Fusion oder des Trusts bezeichnen. Das Zweck ist rein-monopolistischer Natur und an irgend einer Verbesserung der Technik und Organisation durch die Kartelle ist in allermeisten Fällen nicht zu denken, eben weil die einzelne Unternehmung selbstständig bleibt. Das bestreben Grunde ist auch an eine Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Kartellmitgliedern nicht zu denken. Man muss also unterscheiden: 1. Die Gruppe der Betriebsorganisationen, also Großbetrieb (bis zum Trust), vertikaler und horizontaler „Konzern“, und 2. die monopolistische Zusammensetzung, bei es einzelner selbstständiger Unternehmungen zum Kartell, bei es durch zulässige Verschmelzung zum Trust. Die sogenannten Interessengemeinschaften, eine Borsig zum Konzern, vermögen sich in nocheinmal Zeiten auf die Dauer nicht zu halten, sondern müssen entweder zur völligen Verschmelzung oder zerfallen wieder. — Auch die Bedeutung der vertikalen Zusammensetzung (ein speziell deutsches Phänomen, abgesehen von der Chemieindustrie) sollte für normale Zeiten nicht überhaupt und sonst jedenfalls mit der der horizontalen Zusammensetzung in ihrer Bedeutung nicht verglichen werden. Es hat weniger produktionspolitische Vorteile als marktökonomische, insbesondere bei Existenz eines Kartells. Es ist völlig verständlich, dass die Reichsbahn — noch dazu in einer Zeit der Krise der Schwerindustrie — sich nicht eingesetzte Werke und Absatzmärkte angliedert. Nebenamt kann es sehr geschickt für ein Unternehmen werden, wenn es gegenwärtig ist, zwar bei einem den gleichen vertikalen Konzern angehörigen Unternehmen zu kaufen, statt billig auf dem Markt.

Weiter lädt unseres Erachtens an einzelnen Stellen sich eine schwächer Darstellung der theoretischen Zusammenhänge ein. Insbesondere nicht zu merken. Bei der Schilderung des Dampfag. d. h. des billigen Exportes gewisser Industriewerte (unter dem Zollabpreis) nach der Zusammenhang dieses Vorganges mit den Verteilen der Kostenproduktion hergestellt werden. Auch bei der Darstellung des Gewerbe- und des Bergbaus ist eine Begründung kleiner mit einige theoretische Zusammenhänge ausreichend. Die Krise der Spanischen S. 125 erlaubt mir nicht ganz zu verstehen, die Erläuterung dessen, was der „Krisen“ auf dem Gewerbe ist (S. 122), ist direkt widersprüchlich. In einigen Stellen wird falsch die Wichtigkeit der Unwichtigkeit gewisser Institutionen für die deutsche Wirtschaft besser eingezogen werden. Die Städtepolitik z. B. spielt im Vergleich mit den

Gewerkschaften so gut wie gar keine Rolle auf dem Hypothekenmarkt, Lagerhäuser kommen in Deutschland kaum vor usw.

Diese kleinen Ausschreibungen im einzelnen sollen, das mag noch einmal hergehoben werden, die Bedeutung und Wichtigkeit des Buches als Ganzes keineswegs herabmindern; es kann als Einführung im allgemeinen sehr wohl empfohlen werden.

H. R.

Die Steuerforderungen der Freien Gewerkschaften.

Gegen das Steuerrecht, Untersuchungsergebnisse der Steuerausschüsse des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes und des Allgemeinen Deutschen Gewerbevereinsbundes, Berlin 1925, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, 124 Seiten.

Die Steuerausschüsse der Gewerkschaften hat mir dieser Schrift gründlich Arbeit geleistet und auf kurzen Raum eine sehr instruktive kritische Darstellung der Lutherschen Steuerreform erlebt. Wir haben aus dem Inhalt die interessante Kritik des Reichsrats von Staatssekretär zu Dienst Professor Dr. Hirsch heror, ferner die klare Darstellung des Problems der Quellenbesteuerung und die sehr interessante Kritik des Einkommensteuerartifs, aus der sich ergibt, daß gegenüber der Vorkriegszeit die Tarifbindung in den mittleren Einkommensstufen prozentual wesentlich geringer ist als in den unteren.

Es wäre allerdings vielleicht empfehlenswert gewesen, bei der Berechnung dieser Tabelle nicht die Steuerpflicht eines Junggesellen, sondern die eines Verheirateten zugrunde zu legen, weil sonst die heutige Steuerleistung zu hoch erscheint, jedoch wird durch diesen Fehler das Resultat nur unwesentlich beeinflusst.

Einige kritische Bemerkungen seien hier nicht gestattet. Die einleitenden Ausführungen zur Abwälzungstheorie — nach denen es nur eine Frage der Buchungstechnik ist, ob der Unternehmer seine Einkommenssteuer abwälzen kann — sind völlig ungenügend und mit seiner Theorie, weder der marxistischen, noch der bürgerlichen zu begründen. Lediglich führen sich solche Einschauungen selbst ad absurdum: denn, wenn alle Steuern vom Unternehmer abgewälzt werden könnten, warum bekämpft man dann einzelne, als besondere Belastung der Klasse, warum fordert man Sonderbelastung des Unternehmers durch hohe Steuern usw.?

Was die einzelnen Reformvorschläge anlangt, so habe ich vor allem Bedenken gegen die Idee, die Grundsteuer nach Größe und Bodenqualität des landwirtschaftlichen Bodenbesitzes progressiv zu gestalten. Das Letztere lebt geradezu eine Phantasie auf das Unterlassen von Bodenmeliorationen und bestraft denselben Landwirt, der sein Grundstück intensiv bearbeitet und düngt. Was die Progressivierung nach der Größe anlangt, so hat die Sozialdemokratie keinen Ansatz um jeden Preis für Verhinderung der größeren Güter einzutreten, um so weniger, als die Frage nach der Rentabilität von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft noch keineswegs eindeutig beantwortet ist. Es gibt Landfamilien, deren Verhinderung sehr wichtig und landwirtschaftliche Großbetriebe, deren Verhinderung sehr unproduktiv sein würde. Zum gegen die Verdopplung der Vermögenssteuer, die diese zugleich der Grundvermögens- und Gewerbesteuer auf 12% förmlich bringen könnte, habe ich Bedenken, da ihre Zahlung doch nur aus dem Vermögensinkommen möglich ist und man auch die gesamte Einkommensbelastung innerhalb gewisser Grenzen halten muss. Bei anderen Vorschlägen, wie bei denen der Besteuerung der sogenannten Inflationsgewinne und der des Luxusverbrauchs, scheint man mit die technischen Schwierigkeiten doch zu unterschätzen, was da die letztere anlangt, so sollten die schlechten Erfahrungen mit der Luxusumlaufsteuer warnen. Überhaupt sind wenige einfache Steuern unter allen Umständen vorzuziehen.

Als Kernforderungen einer gefundenen Finanzreform bleiben dann aus dem reichen Programm der Gewerkschaften übrig: Besteuerung der Umlaufsteuer, seite Sozialabgabe, flutt der jetzt existierenden prozentualen, durch die die großen Einkommen unnötig bevorzugt werden, Erhöhung der Erbschaftssteuer, insbesondere Besteuerung des Gattenerbes und Reform des Finanzausgleichs, durch den die Länder und Gemeinden noch immer allein zu bestreiten werden.

Nicht ganz verständlich scheint mir — darauf muß zum Schlus noch hingewiesen werden, die starke Ablehnung des Aufwertungsgedankens und die Forderung, die Aufwertung durch einen sozialen Fonds für die Inflationsopfer zu erledigen. Ich habe das Aufwertungsprogramm der SPD stets für zu weitgehend gehalten, aber diese radikale Abhängigkeit an jede Aufwertung ist ihrerseits nicht zu begründen. Wie kann man angeblich der Scheidung zwischen Alters- und Neubeginn bei der Aufwertung der öffentlichen Anleihen ernsthaft behaupten, daß durch sie aus Steuermitteln den Spekulanten Vorteile zugewandt würden? Das aber bei der Auseinandersetzung zwischen kapitalistischem Gläubiger und kapitalistischem Schuldner kein und Glaubende nicht völlig sicher ist gelassen werden darf und darum eine gewisse Ausweitung der privaten Schulden angebracht ist, sollte nicht bestritten werden.

H. R.

Buchbesprechungen.

Gustav Dösinghaas: Die gesellschaftliche und rechtliche Stellung der deutschen Frau. (Königsberger sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. I.) Gustav Fischer, Jena 1925 186 S.

Die vorliegende Untersuchung berichtet nicht auf direkten Quellenstudien und beruht an manchen Stellen veraltetem Material. Daher gilt sie in vielen Fällen die Entwicklungslinie, auf die es ankommt: zu Tacitus Zeiten besteht die lebenslängliche Unterordnung des Frau unter die unbeschränkte Macht des Mannes (Chemnisses oder männliche Verwandten), die das Recht der Tötung und des Verstaats in sich hält. Durch Einwirkung der christlichen Lehre tritt allmähliche Reduzierung der dominante-materiale Autorität des Familienoberhauptes ein, aber gleichzeitig mit dem Aufkommen differenzierter Arbeits- und Berufsteilung auch der Fall der Großfamilie, während der Frau ihre produktive Tätigkeit innerhalb der Familie (Küche und Nachwuchs, Spinnen und Weben usw.) allmählich immer mehr entzogen wird. Im folgenden bedingt die Bedeutung von Erziehung und Interesse aus dem Hause fort in Kirche, Schule, Berufsschulen und so weiter die zunehmende Verhinderungsfähigkeit der Frau gegenüber den ihr, der im Haushalt verbliebenen verpflichteten Lebensgebieten und aus ungünstig aus ihrer Qualität als Erzieherin und Staatsbürgerschaft einwirken. Seine Macht mit der lediglich konsumierenden Kleinstadt im Einzelhaushalt, die sie nun zwar rohlich besser gestellt als zur Zeit der unbedeutenden Männlichkeit, tatsächlich aber in ökonomischer (Wirtschaftsgeld!) und geistigen Hinsicht — (Kenntnis vom betriebswirtschaftlichen Lebensgebiet erhält sie nur durch männliche Vermittlung!) — viel abhängiger als früher. Mütterlichkeit und geistige Rolle veränderten sie daher, der zunehmende Haushalt nach Selbstverständlichkeit folgend, in die unperfektive Produktion zu gehen, so sie das vor der Erze des Hauses nicht mehr umholt, als einzelnes Individuum mit den von Mutter für seine Zwecke geschaffenen Lebensgebilden auszumachen mag, vor allem mit Mutterheit und Staat. Die Mütterlichkeit liegt für sie in der Tiefe darin, daß sie diese von Mutter ausgestalteten Säcke erfüllen

Einrichtungen innerlich als wesensstrebend empfindet, trotz dieser ablehnung sich ihnen jedoch so gut wie möglich anzupassen muß, um leben zu können. Gegen diesen Widerspruch wandet sie sich zum vereinten Male als Geschlecht bewußt mit der Schaffung der Frauen, männlichen Welt vertreten wollen. Von da an geht die Entwicklung in Richtung der Bewußtwerdung (die sich großenteils in Organisationen ausdrückt) immer weiter; auch Bellinghaus' Darstellungen bilden einen Baustein in diesem Prozeß. Wie die jeweilige gesellschaftliche Stellung der deutschen Frau schließlich ihren Niederschlag im geltenden Recht gefunden hat, ist gleichfalls kurz dargestellt. Da einmal geschaffene Rechtsätze nicht beliebig leicht jeder Veränderung der gesellschaftlichen Zustände folgen können, bedeuten sie in ihrer Verewigung schon überholter Formen auch im vorliegenden Falle eine Härte für die Frau, besonders für Ehemann und Mutter, die eine Reform dringend notwendig erscheinen lassen.

L. N.-E.
Friedrich Meg. Die Oberheinlande. 284 Seiten, mit vielen Karten und Plänen. Breslau, Ferdinand Dietz, 10 Mark.

Der Verfasser will auf geographischer Grundlage den Beweis dafür erbringen, daß die Neuanexion von Elsaß-Lothringen im Verlaufe des Vertrags zusammengehörige Länderegebiete, die von Natur aus zusammengehören, getrennt hat, während hervorragende französische Geographen, Brunhes und Viollet de la Bâtie, die natürliche Landsgeschichte „Frankreich“ an den Rhein grenzen lassen und links- und rechtsrheinische Gebiete als Gegenfälle erweisen wollen. Sicher haben die beiden französischen Geographen unrecht; die Oberheinlande, das Gebiet zu beiden Seiten des Oberrheins zwischen Mainz und Basel, bilden eine natürliche geographische, kulturelle und sprachliche Einheit. Das Elsaß und Teile von Lothringen sind deutsch. Aber man darf doch auch zwei weiteren Fragen nicht vergessen zu beantworten: Einmal — hat man in der Zeit 1871—1878 sich Mühe gegeben, Elsaß-Lothringen in die „deutsche Volkgemeinschaft“ einzubeziehen oder hat man nicht vielmehr seine Bewohner überall als Deutsche zweiter Klasse behandelt? Hätte man damals die Oberheinlande als Einheit behandelt, hätte zunächst jüdischer und norddeutscher Particularismus nicht eine entsprechende Entwicklung verhindert, dann lügen die Dinge heute anders. Das Elsaß-Lothringen ist vor und nicht erst durch Verfaßtes verschlagen worden. Und schließlich — geographische Zusammengehörigkeiten lassen sich konstruieren; aber was sage die Bevölkerung dazu? Also, Selbstbestimmungsrecht der linksrheinischen Freudenstadt. Oder — nachher — allmäßliche Übertragung dieses ganzen europäischen Grenz- und Zollsystems, mit brauchen die europäische Staaten-Union. Darauf steht aber der Autor dieses Buches leider nicht. — Die geographischen Unterlagen des Buches sind gut, aber die langen französischen Zitate hätten doch auch in deutscher Übersetzung gebracht werden können.

Juristische Literatur.

I. Arbeitsrecht. In zweiter Auflage löst der Rechtsanwalt am Hammgericht Julius Kausch (Heymann, Berlin) seine Darstellung des Haushaltsgesetzes erneut. Hieraus können die Haushaltsgesetzten in einer jedem Land verständlichen Form erfahren, was sie über Vertragsabschluß und Vertragsrechte (Bergütung, Bergfestigung, Arbeitszeit, Zeugnis usw.) wissen müssen. Das kleine Buch wird — wie in seiner ersten Auflage — in Angestelltenkreisen gute Dienste leisten. Schoppen hat (Jonas u. Münster, Düsseldorf) das Schwesternwidergehandel-Einführung folgt der Gesetzesinhalt und Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen, die zahlreich ergangen sind, machen eine zweite Auflage des Schwartz'schen ergänzt und erläutert. Nach einer den Gesetzesinhalt wiedergebenden Einführung folgt der Gesetzesinhalt und dann der Kommentar. Hin und wieder — zum Beispiel zu §§ 18, 26 — wäre eine größere Brüderlichkeit der Literatur und Rechtsprechung angebracht gewesen. Trotzdem muß man das Buch als für die Praxis durchaus brauchbar bezeichnen, da es die sehr wichtigen Rücksigungen bestimmungen eingehend und sorgfältig erklärt. Unter den Erläuterungsbüchern zum Arbeitsrecht (Schwartz) war das von Bergner und Donau wegen seiner Allgemeinverständlichkeit besonders beliebt. Die Abänderungen des

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeiterlöhne in Großbritannien.

Die Lohnveränderungen, die im Oktober 1925 in den Industrien von Großbritannien und Nord-Irland eingetreten sind, zeigen nach den Statistiken des britischen Arbeitsministeriums eine Steigerung von 5400 Pfund wöchentlich für 110 000 Arbeiter und eine Verringerung von 2700 Pfund auf die Wochenlöhne von 83 000 Arbeitern.

Nächste Tabelle zeigt die Industrien, in denen die Löhne eine Veränderung erfahren haben:

Industriegruppen	Ungefähr Anzahl der Arbeiter mit betrages der Wochenlöhne		Veränderung des Gesamtbetrages der Wochenlöhne	
	Erhöhung	Verringerung	Erhöhung	Verringerung
Bergwerke und Steinbrüche	5 500	6 700	1 150	220
Eisen und Stahl	14 500	57 000	1 450	2 450
Textil	83 000	—	2 150	—
Andere Industrien	7 000	800	650	80
Insgesamt:	110 000	63 000	5 400	2 700

Im Monat November zeigten die Löhne einen Rückgang von 11 000 Pfund auf die Wochenlöhne von 115 000 Arbeitern und eine Steigerung von 6500 Pfund auf die Wochenlöhne von 78 000 Arbeitern.

Die wichtigsten beteiligten Industriegruppen sind folgende:

Industriegruppen	Ungefähr Anzahl der Arbeiter mit betrages der Wochenlöhne		Veränderung des Gesamtbetrages der Wochenlöhne	
	Erhöhung	Verringerung	Erhöhung	Verringerung
Bergwerke und Steinbrüche	6 500	4 500	100	100
Eisen und Stahl	31 000	111 000	3 400	10 900
Andere Industrien	16 500	—	1 250	—
Insgesamt:	78 000	115 500	6 450	11 000

Im Bergbau beträgt der Untersatz der Lohnerhöhung für ungefähr 5000 Arbeiter im Kohlenbergbau von Radstock nicht ganz $\frac{1}{2}$ Prozent der üblichen Säze. Die Löhne von mehr als 300 Arbeitern im Eisenbergbau von Cumberland haben für die erwachsenen Arbeiter eine Verringerung von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ % erfahren.

In den Eisen- und Stahlindustrien zeigen die wichtigsten Gesellschaften eine Verkürzung der gewöhnlichen Löhne für mehr als 30 000 Stahlarbeiter und Arbeiter in den Walzwerken der verschiedenen englischen und schottischen Bezirke um ungefähr vier Prozent. Diese Lohnkürzung war mit entsprechenden Lohnkürzungen für eine große Anzahl von Hilfsarbeitergruppen verbunden. Ungefähr 4000 Eisenpuddler und Walzwerkarbeiter in Nord-England haben Lohnkürzungen von mehr als 8 Prozent der üblichen Säze erfahren, während in Schottland 5000 Arbeiter der gleichen Arbeitergruppe eine Erhöhung von ungefähr 2 Prozent der üblichen Löhne erhalten haben. Die Löhne von mehr als 40 000 Arbeitern an Puddelöfen in Gießereien und Schmieden in Mittel-England sind um mehr als 3 Prozent gekürzt worden auf Grund des Wollmills über das System der gleitenden Lohnskala. Eine große Anzahl von Arbeitern haben jedoch eine Lohn erhöhung erhalten infolge der Zuwachen über die ehemalige Anwendung der gleitenden Lohnskala auf diesen Arbeitern, die dieser Regelung bisher nicht unterworfen waren und die Gewährung von besonderten Zulagen an die Arbeiter mit den niedrigsten Löhnen, einschließlich der noch dem System der gleitenden Lohnskala entlohten Arbeiter. Zu den Arbeitern dieser Gruppe, deren Löhne Veränderungen erfahren haben, gehören die hochlohnende Arbeiter von Cumberland, Lincolnshire, Süd-Shropshire und Schottland.

Bei den Löhnen der Arbeiter in den übrigen Metallindustrien konnte eine Erhöhung der Löhne um einen Schilling 6 Pence für die Männer und einen Schilling 1½ Pence wöchentlich für die Frauen festgestellt werden. Diese Erhöhung beträgt 15 000 in der Herstellung elektrischer Kabel beschäftigte Arbeiter. Unter den Lohnveränderungen in anderen Industrien sind diejenigen der Arbeiter in der Wirkwarenherstellung von Harrow zu nennen, der Maschinenmeister an Kasico-Maschinen, der Arbeiter in der Ledergütekunst, ferner die Steigerung der Mindestlöhne auf Grund des Gesetzes über die Industriearbeits für gewisse in der Herstellung von Bürsten und Besen, Sägen usw. beschäftigte Arbeitergruppen.

Die Denkschrift der freien Gewerkschaften über Wirtschaft, Finanzen und Produktion übertrifft.

Am Dienstag abend überreichten die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, im Bundesbüro des ADGB. Vertretern der Presse die von den Gewerkschaften ausgearbeitete Denkschrift über die deutschen Wirtschaft, Finanz- und Produktionsverhältnisse. Die Genossen Graumann, Egger und Spieldt legten eingehend den Zweck der Denkschrift dar, die den Standpunkt der freien Gewerkschaften gegenüber dem Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Ausdruck bringen soll. Insbesondere betonte Genosse Egger, daß an eine Wiedereinführung der zentralen Arbeitsgemeinschaft nicht zu denken sei. Trotzdem lassen sich die deutschen Gewerkschaften nicht ausschließen, wenn es heißt, zum Wohl der deutschen Wirtschaft zu raten und zu taten. Heute gelte es, alle Mittel zu ergreifen, um die drei Millionen Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß einzubringen.

Genosse Graumann unterstrich, daß es den Gewerkschaften darauf ankomme, den letzten Arbeiter so lange wie möglich im Betrieb zu halten. Sie wollen keine Staatspensionäre erziehen. Sie müssen aber darauf bestehen, daß Fürsorge getroffen wird, damit die Arbeitskraft des deutschen Qualitätsarbeiters der deutschen Wirtschaft erhalten bleibt.

Genosse Spieldt ging auf das äußerst wichtige Gebiet der Sozialpolitik ein. Er stellte fest, daß die Unternehmer die gegenwärtige Krise benutzen, um Kündigungen der Tarife vorzunehmen. Selbstverständlich würden die Gewerkschaften ein solches Vorgehen nicht kampflos hinnehmen. Ein solcher Kampf muß volkswirtschaftlich schädliche Folgen haben. Er werde den Arbeitnehmern aber vom Unternehmertum aufgezwungen!

Erneuter Abbau bei der Reichsbahn.

Nachdem das Abbau geplant in den letzten Wochen erneut umgegangen ist, der Abbau wie ein Domänenwert drohend über den Hauptsitz der Arbeitnehmerchaft bei der Reichsbahn geschwacht hat und alles, was man neuerdings bei allen Dienststellen der Reichsbahn bei den Direktionen Ost, West und Süden wieder eine Anzahl Arbeiter und Handwerker abgebaut und ihnen kurz Hand gefüllt, endlich die

sich einmal vor Wochen ausgesprochene Kündigung wieder zu ziehen genommen wurde. Nur ein kleiner Teil dieser Abgebauten erhält eine kleine Pension, von denen sie nicht leben und nicht sterben können. Der größte Teil sitzt nach einer knapp befreiten Verhandlung, auf die Stütze, um das ohnehin schon große Herz der Arbeitnehmer noch zu vergrößern und die sozialen Kosten ins Ungemessene zu steigern. So hat also der Abbau bei den Beamten der Armen, bei den Arbeitern, weiter eingesetzt. Bei den Beamten jedoch, namentlich den ohnehin besser bezahlten der Gruppe 7 ab, hat von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht ein Abo sondern ein Aufbau stattgefunden; obwohl man einen Abbau der Beamten, zugleich mit dem Abbau der Arbeiter, verständlich finden würde. Denn wenn die Belegschaften bei fast allen Dienststellen verringert werden, müßten doch die dazugehörigen Beamten als Aufsichtsorgane logischerweise ebenfalls verringert, mithin abgebaut werden. Doch weit geschieht. Statt Abbau, Aufbau der Beamten. Nach dem neuesten Umlaufblatt der Reichsbahndirektion vom 10. Februar wurden eine Anzahl Sekretäre und Beamte gleicher Rangstufe zu Obersekretären befördert und ernannt, womit eine Herauslösung von Gehaltsgruppe 6 nach 7 und damit eine Mehreinnahme an Gehalt und höherem Wohnungsgeldzuschuss von annähernd 600 bis 1000 Mark jährlich verbunden ist. Ferner sind eine Anzahl Obersekretäre und Oberbahnhofsmeister sowie Oberbahnhofmeister zu Eisenbahninspektoren und Eisenbahnbeamten befördert worden, womit eine Herauslösung von Gehaltsgruppe 7 nach 8 verbunden ist. Außerdem wurden Eisenbahninspektoren zu Oberinspektoren und Oberbaumeistern befördert, mithin von Gehaltsgruppe 8 nach 9 befördert. Außer den viertelsjährlich zur Ausschüttung gelangenden Leistungszulagen erhalten die vorgenannten Beamten, die einer Dienststelle vorziehen, noch eine besondere Dienstzulage von monatlich 50 Mark. Man sieht, die Reichsbahn hat Geld wie Heu.

Unternehmertat.

Die Notlage eines Menschen zu seinem eigenen Vorteil und Gewinn auszunutzen und zu mißbrauchen, galt von jeher nach der Meinung aller anständigen Leute als gemeine Handlungsweise. Aber das Niederträchtige ist ja bekanntlich das Mächtige, heute mehr denn je. Das zeigen tagtäglich die Erpressungsversuche gewisser Arbeitgeber an ihren Arbeitern und Angestellten. Geradezu unerhört sind die Zumutungen, die sie ihren Angestellten zu treiben wagen. So legte die Sächsische Gußstahl-Handelsgesellschaft m. b. H., Dresden, die auch in Berlin, Magdeburg, Frankfurt a. M. und Wien Unternehmungen hat, ihren Angestellten folgenden Brief an:

Hierdurch nehme ich Zustimmung von folgendem Kenntnis: 1. Mein Monatsgehalt wird von der Sächsischen Gußstahl-Handelsgesellschaft m. b. H. jeweils nach meiner Leistung gewährt und am Schlusse eines Monats bezahlt. Eine Gehaltsveränderung wird jeweils Ende eines Monats für den übernächsten Monat festgelegt. 2. Die Abfindung ist für mich und die Sächsische Gußstahl-Handelsgesellschaft m. b. H. eine monatliche zum Schlusse eines jeden Kalendermonats. 3. Die Wochenarbeitszeit beträgt grundsätzlich 54 Stunden, auschließlich einer halben Stunde Mittagspause. Ich bin außerdem verpflichtet, die im Interesse einer ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes notwendigen Arbeiten über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus ohne Vergütung zu leisten. 4. Die Genehmigung eines Urlaubs übertrauft somit dessen Dauer und Zeit steht im freien Ermessen der Sächsischen Gußstahl-Handelsgesellschaft.

Vorstehendes gilt mit Wirkung vom 1. März 1926 an.

Zu 1: Von wem soll das Geprali autonatisch nach Leistung festgelegt werden? Etwa von der Direktion? Wir würden empfehlen, daß dann die Angestellten im Interesse der Firma sich ebenfalls zusammenfinden, um das Gehalt der leitenden Direktoren in denselben Weise festzulegen, um so der angeblichen Notlage der Firma Rechnung zu tragen.

Die Bestimmungen zu 3 und 4 beweisen so richtig, mit welcher Rücksichtslosigkeit heute das Unternehmertum glaubt, gegenüber den Angestellten vorgehen zu können. Die Angestellten sollten aus diesem Vorzeichen der Unternehmer endlich einmal die Lehre ziehen, sich resolut freigewerkschaftlich zu organisieren. Nur so kann der Willkür des Unternehmertums entgegengesetzt werden.

Erwähnenswert ist noch, daß der Inhaber der ebenen genannten Firma, Herr Paul Rohde, Berlin, Mehrstraße 54/55, auch Inhaber der Sächsischen Gußstahlhandelsgesellschaft in Frankfurt a. M. und außerdem Chef der Firma O. Mansfeld & Co. in Berlin, Magdeburg und Wien ist. Seine Arbeiter und Angestellten mögen auf der Hut sein.

Die kommunistischen Burgen wackeln.

Wenn die „Eroberung der Gewerkschaften“ durch kommunistische Zellen selbst nicht mehr in den sichersten Domänen der KPD gelingt, dann ist das Zeichen dafür, daß eine gesunde Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in absehbarer Zeit vorhanden sein wird. Die Fleischer, bis zur Revolution nur ganz schwach organisiert und daher zum großen Teil auch heute noch nicht genügend gewerkschaftlich geschult, zählen bis vor kurzem noch zu den Reserven, aus denen die KPD ihre Massen schöpft. Aber auch bei dieser Arbeiterkategorie greift die Aussöhnung Platz, und nur noch ein Häuslein leistet die kommunistischen Brüder Folge. Geradezu dramatisch vollzog sich kürzlich die Wahl der Ortsverwaltung des Fleischerverbandes in Berlin, die bisher kommunistisch besetzt war. Der „Vorwärts“ berichtet darüber wie folgt:

„Lebhafte wurde es bei den Vorstandswahlen, als der bisherige Vorstandsmächtige Loos erklärte, das Amt nicht mehr einzunehmen. Seine kommunistischen Freunde wollten gern die Gründe seines Rücktritts wissen, aber er wehrte mehrmals mit der Bemerkung ab, daß sich später einmal Gelegenheit finden würde, darauf zurückzukommen. Die Kommunisten sorgten dann dafür, daß ihre Kandidaten ebenfalls ablehnten, und verhinderten nun die außerordentlich gut besuchte Versammlung zu sprengen. Die auf allen Tischen seit Stunden ausliegenden roten Vorlagslisten, die von Anhängern wirklicher Gewerkschaftarbeit ausgingen, hatten es ihnen mit einmal angetan. Da sie der Situation nicht gewachsen waren, forderten sie, die Neuwahl des Vorstandes auszuführen. Die Fleischergesellen, die vor den größten Ohren keine Angst kennen, liegen sich natürlich von dem rostrotzen Zettel erst recht nicht ins Boden legen und blieben fest. Selbst die bewegtesten Klägerleiter der Kommunisten konnten sie nicht erweichen. Da kam die neue Parole, Stimmabstimmung, rlp, welche Zettel. Und das Resultat? Von 259 abgegebenen Stimmen 29 weiße Zettel. Die auf der Vorlagsliste eingesetzten befürworteten Mitglieder wurden gewählt. Damit ist die frühere kommunistische Ortsverwaltung erledigt.“

Wen jetzt so sichere Burgen der KPD zu wackeln beginnen, dürfte das Ende des Bantrotts nicht mehr fern sein.

Beamtenabbau in den Saargewerkschaften.

Die unerlässliche Kritik des französischen Abgeordneten und Genossen Uhl und der deutschen Parteien im Saargewerkschaftsbund bei den französischen Saargewerkschaften hat diese nun mehr veranlaßt, ihren ausgedehnten unwirtschaftlichen Apparat etwas abzuschrägen. Vorläufig ist noch nicht zu übersehen, inwiefern sich dieser Abbau auf die vollkommen widerlinigen und überstüppigen Ausgaben der französischen Gewerkschaftsbund bestreitet. Bekannt ist nur, daß man den Arbeitern der französischen Schulen plant und daß etwa 75 ältere und mittlere und 3 höhere Beamte zum 1. April entlassen werden müssen. Gute Unternehmen nach Bericht allerdings die französischen Beamten als Verdiktägste durften zu lassen: Unter den 75 älteren und mittleren Beamten befinden sich 60 deutsche Beamte.

Die Lohnbewegung im französischen Bergbau hat durch die Vermittlung des Arbeitsministers und des Ministers für öffentliche Arbeiten bald überall zu einer Einigung zwischen den Bergleuten und den Grubenbesitzern geführt. In den wenigen Kohlen- und Eisenbergwerken, in denen die Verhandlungen noch andauern, hofft man ebenfalls zu einem befriedigenden Abschluß zu kommen. Das Ergebnis einer Rundfrage des Bergarbeiterverbandes über die Durchführung eines Generalstreiks ist eine überwiegende Mehrheit zugunsten des Streiks in den Streit gewesen. Angehört des günstigen Verlaufs, den mittlerweise die Lohnverhandlungen angenommen haben, glaubt man jedoch, daß eine unmittelbare Streitgefahr nicht mehr besteht.

Arbeitslosenunruhen in Polisch-Oberschlesien?

Wrocław, 22. Februar. Im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit in Oberschlesien hat die Kommunistische Partei Polens eine lebhafte Propagandaaktivität unter den Arbeitslosen entfaltet. Die polnischen Behörden haben in ganz Oberschlesien umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Größere Abschließungen der politischen sowie der Sicherheitspolizei sind von Wroclaw nach Katowitz geschickt worden, da man Arbeitslosen unruhen befürchtet.

Dieser Befürchtung könnte man unseres Erachtens weit wirksamer begegnen durch bessere Unterstützung der Arbeitslosen. Die Polizei kann schließlich auf Arbeitslose einhauen und törichten, doch davon wird sie keinen Arbeitslosen lasset. Die Entsendung Bewaffneter gegen Arbeitslose ist ein Ausflug des schlechten Gewissens, der Notlage der Arbeitslosen nicht gerecht geworden zu sein.

Arbeitslosigkeit und Überstunden.

Was wird geschrieben:

Es ist jedem Breslauer zur Genüge bekannt, welch großes Heer von Erwerbslosen täglich nach der Sternchanze pilgert, um bei Anfrage nach Arbeit eine vereinigte Antwort zu erhalten. Von Arbeitgeberseite wird immer wieder die Beschäftigung aufgestellt, doch keine Akteure herein kommen, und das selbst vollständig riintet. Bei dem erwerbslosen Arbeiter wird dieses Klagen kaum Glauben finden, denn immer wieder kommen Mitteilungen über verlängerte Arbeitszeit durch Überstunden. Als eine solche Firma darf die Firma E. Steinmetz, Sattlerwarenfabrik, Neustadtstraße 8/9, hervorgehoben werden, wo bei einer auf ein starkes Maß rezipzierten Beschäftigung schon längere Zeit Überstunden gemacht werden, ohne daß an neue Einstellungen gedacht wird. Es handelt sich bei dieser Firma um Heeresaufträge. Durch Verlängerung der Arbeitszeit wird aber der Zweck der Heeresaufträge, die Arbeitslosigkeit zu mindern, nicht erfüllt. Außerdem wird von der Firma die Militärische Fazette ausgenutzt, den bei den Vertragsvertrags die Überstunden auf den bestehenden Tarifvertrag bestehen und die Überstundenentlohnung zu unterbinden. Wir fordern im Interesse von über 200 stellunglosen Betriebsangehörigen sofortige Abhilfe.

Wirtschaft.

Ein wirtschaftlicher Untersuchungsausschuß.

Das Jahr 1926 wird ein Jahr erbitterter Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Fragen der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes werden. Um im Interesse der Wirtschaft eine möglichst sachliche Führung dieser Kämpfe zu sichern, müssen die umstrittenen Fragen durch Anwendung zuverlässiger Ermittelungsmethoden möglichst eindeutig festgestellt werden. Diese eindeutige Feststellung kann nur durch eine sorgfältige Befragung der beteiligten Unternehmer, Betriebsbeamten und Arbeiter erfolgen. Aus diesem Grunde hat bereits im Oktober vorletzten Jahres der Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik auf seiner Tagung in Tora beschlossen, die schwierige Aufgabe eindeutiger Feststellungen durch ein Reichsgesetz einem besonderen Untersuchungsausschuß zu übertragen. Dieses „Gesetz über einen Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft“ liegt nunmehr im Entwurf dem Reichsrat vor.

Der Entwurf sieht die Bildung eines Ausschusses aus 24 bis 30 Mitgliedern vor. Von der Reichsregierung werden berufen: acht Mitglieder auf Vorschlag des Reichstages, acht Mitglieder auf Vorschlag des Vorstandes des Vorsätzlichen Reichsmarktbehörden und acht Mitglieder nach freiem Ernennen der Reichsregierung. Der Ausschuss kann sich durch Zusammensetzung von sechs weiteren Mitgliedern ergänzen. Innerhalb des Ausschusses werden zu Untersuchung einzelner Fragen Unterausschüsse gebildet. Ausdrücklich ist ein besonderer Unterausschuss von mindestens zehn Mitgliedern vorgesehen, der die Dauer der Arbeitszeit und die Art der Entlohnung nach den Erfahrungen der letzten Jahre auf die Arbeitsleistungen einwirkt haben.

Die B

Aus Schlesien.

Die kommunistischen Saboteure auch auf dem Lande am Werl.

Es konnte schon wiederholt bewiesen werden, daß es den Kommunisten in dem Kampf für die Enteignung der Güter weniger auf den sozialen Erfolg als auf die parteipolitischen Geschäfte ankommt. Man glaubt endlich die Gelegenheit gefunden zu haben, um von der in der Sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitern heranzukommen.

Auch unter den freigewerkschaftlich organisierten Landarbeitern wird eifrig gearbeitet. Am 4. Februar 1928 brachte der kontinuierliche Reichstagsabgeordnete Oberndis ein Rundschreiben zum Berstand, in dem es heißt:

"Wir wollen wo' für notwendig, daß in jedem Landarbeiterort, insbesondere wo DVW-Zahlstellen bestehen, umgehend zur Bildung von Einheitskomitees getreten wird. (Siehe Zeitung.) Die Einheitskomitees müssen auch dann die Durchführung sonstiger Aufgaben, wie Werbung von Verbandsmitgliedern, Kämpfe organisieren, um Erwerbslosenforderungen und Lohnforderungen, mit erfüllen.

Veranstaltungen müssen möglichst abgehalten und Beschlüsse über die Durchführung der Fürstenentzündungskampagne gesetzt werden.

Wir brauchen eine Ausstellung von jedem Gut darüber, wieviel Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Kriege, im Frühjahr 1925 und jetzt dort beschäftigt sind. Natürlich muß dabei auch angegeben werden, ob das Gut vergrößert oder verkleinert wurde. Die Angaben sind wichtig zur Berechnung der Lohnausgaben auf den einzelnen Gütern, um mit gutem Material den Guisbegeistern gegenüberstehen zu können. Möglichst auch die Löhne für die obengenannten Zeiten angeben.

Wir benötigen Angaben über die Zusammenziehung der Zahlstellenleitungen des DVW in den einzelnen Orten. Teilt mir, wieviel im Vorstand der Zahlstelle Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose heute sind und wieviel im letzten Jahre. Bei den Parteileuten muß angegeben werden, ob sie zu der KPD oder der SBD halten.

Berichte über all das und besonders auch darüber, welche Maßnahmen Sie zur Durchführung der Fürstenentzündungskampagne beschlossen habe.

Mit revolutionärem Gruß

gez. Wilhelm Oberndis.

Die Kommunisten sollen sich nicht irren. Nirgends findet ihre Agitation so starken Widerstand wie gerade unter den freigewerkschaftlich organisierten Landarbeitern. Sie hatten genügend Gelegenheit, die Kommunisten zu beobachten und festzustellen, daß ihr Wirken nicht zuletzt im Interesse der landwirtschaftlichen Unternehmer lag.

Im übrigen beweist der neue Zoll wieder, wie dringend notwendig es ist, in dem Kampf für die Enteignung der Fürsten alles zu unterlassen, was die Trennungslinie zwischen uns und den Kommunisten verwischen könnte.

Volksvernehmungen in Oberschlesien.

In einer kleinen Anfrage des Landtagsabgeordneten Klimes (Pole) wurde Behörde darüber gefügt, daß im letzter Zeit in Oberschlesien wiederholt Angehörige der polnischen Minderheit ohne ersichtlichen Grund auf die Polizeibehörden zu Vernehmungen vorgezogen worden seien. Es wurde behauptet, daß das Vorgehen der Polizeibehörden ihre Befugnisse überschreite. — Wie der Amstische Preußische Pressedienst aus Gründen der Anwartschaft des Preußischen Innenministers mitteilt, hatten die polizeilichen Vernehmungen den Zweck, in Zweifelsfällen die Frage der Staatsangehörigkeit zu prüfen. Das Recht hierzu ist den Polizeibehörden nicht zu bestreiten. Von einer solitären Behandlung der betroffenen Personen kann keine Rede sein.

Waldeckburg. Endgültig versetzt wurde Landrat Genosse Franz aus Neurode nach hier als Landrat des Kreises Waldeckburg.

Neisse. Tödlicher Unfall im Betriebe. Der Feuer Konting in der Papierfabrik Glogel & Melchner in Jürgenau wollte während des Betriebes einen Treibriemen aufziehen. Hierbei wurde er vom Betriebe erfaßt und in Stücke gerissen.

Neustadt DS. Eine öffentliche Frauenveranstaltung findet heute, abends 7½ Uhr, im "Völkerparten" statt. Referentin: Frau Haufe-Ratior.

Familien-Anzeigen

Am 21. Februar verstarb plötzlich und unerwartet der Hospitaldiener

Max Bönisch

im besten Alter von 37 Jahren.

Durch seine langjährige Dienstzeit hat er sich bei uns ein dauerndes Andenken bewahrt. Die Freunde, Beamte und Angestellten sowie das gesamte Pflege- und Wirtschaftspersonal des Wenzel-Hancke-Krankenhauses.

Beerdigung: Donnerstag, den 25. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Wenzel-Hancke-Krankenhauses zum nach Gräbchen.

Am 21. Februar verstarb plötzlich und unerwartet Herrschlag mein innig geliebter Mann, unser lieber, treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Krankenhausdiener

Max Bönisch

im besten Mannesalter von 37 Jahren.

In tiefer Trauer zeigt dies im Namen der Hinterbliebenen an

Marie Bönisch als Gattin

nebst Kindern, Mutter,
Geschwistern, Schwester
und Schwägerin.

Beerdigung: Donnerstag, den 25. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Wenzel-Hancke-Krankenhauses zum nach Gräbchen

Verband der Gemeinde- u. Stadtkirche

Max Bönisch

im Alter von 37 Jahren.

Ehre seinem Andenken!
Die Oberverwaltung Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 2½ Uhr von der Leichenhalle des Wenzel-Hancke-Krankenhauses zum nach Gräbchen.

Am 21. Februar verstarb unser Mitglied, der Lehrer

Kurt Jersemann

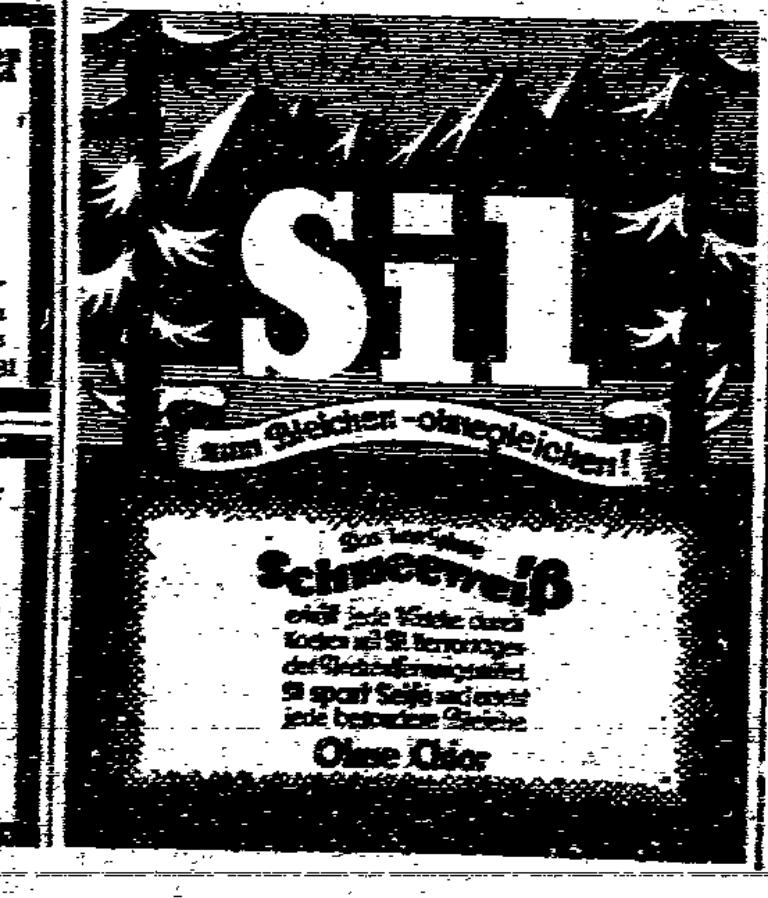
im Alter von 44 Jahren 5 Monaten.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen zum

Grabmal.



Für die Einsegnung

offeriere ich:

in bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

D. Süßmann

Buchhandlung Volkswacht
Moderne Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

Spezial-Geschäft für Herren- und Damenstoffe
Reuschestr. 60/61, gegenüber Büttnerstraße.

Belebt die Hindernisse des Sprachschranken! Lernt die Weltsprache Esperanto,

die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

Wichtige Kleinigkeiten

sind oft ausschlaggebend. Ein schlecht geputzter Schuh zerstört den Eindruck einer sonst tadellosen Eleganz. In diese Verlegenheit kommen Sie nie, wenn Sie zur Schuhpflege immer Erdal Marke Rotfrosch verwenden, das die ursprüngliche Schönheit des Schuhs erhält.

Erdal



putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

beim Herrn Landrat über Herrn Gemeindevorsteher Schöbel wegen Verlehung des Briefgeheimnißes, denn unter Vertrauen zu ihm ist stark erschüttert. Schnelles Zugreifen tut not.

Canth. Volksversammlung. Sonnabend den 27. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum Thema "Schwarzen Adler" eine öffentliche Volksversammlung zum Thema "Fürsten und Männer! Ihr alle, die leidet unter der ungewissen Steuerlast, Erwerbslose, Pensionäre, Kriegsbeschädigte und Soldaten, für die niemals Geld da ist kommt, informiert euch über die ungewissen Forderungen der Fürsten. Erhebt protest.

Canth. Eine Lehrerin, welche seit 1918 in Schlesien haben muß, ist Fräulein Detert von der lokalen Volkschule, sonst müßte sie doch wissen, daß das Deutsche Reich eine Republik ist, oder gehört Canth nicht mehr zur deutschen Republik? Bei Fräulein Detert müssen die Kinder die Lebensgeschichte König Friedrichs II. auswendig lernen und wird manchmal von den Kindern unter Tränen der leise Großmutter geschichtete vollgeschmiert zu werden. Als ob es genug lehrreiche Dinge in Kultur, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte gäbe! Wir Arbeiter und Republikaner wünschen nicht, daß unsere Kinder schon in der Schule zum Kriege erzogen werden. Den Fräulein Detert aber zur Mahnung: sollte sie sich mit der Republik nicht abfinden können, so gibt es doch genug stillschweigende, republikanisch gesinnte Lehrer, welche gern ihre Stelle einnehmen würden!

Neumarkt. G.E.G.-Film. Am Sonnabend, den 27. Februar, abends 8 Uhr, gelingt im Saale "Zum gelben Löwen" der gesellschaftliche G.E.G.-Film zur Vorführung, eine hochinteressante Darstellung von Eigenbetrieben der Großindustrie sowie Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Der Film hat eine Länge von ca. 2500 Meter. Konsumvereinsmitglieder und deren Angehörige sowie Freunde der Bewegung haben freien Eintritt. Eintrittskarten sind in der Konsum-Distributionsstelle (Bahnhofstraße) zu erhalten. Ohne Karten kein Eintritt. Da der Film überall vor übersättigten Sälen läuft, ist es ratsam, sich rechtzeitig in den Besitz einer Karte zu bringen.

Amtliche Devisenturz der Berliner Börse

	vom 23. Februar.
1 Pfund Sterling	20,400 100 fr. Francs
1 Dollar	4,195 100 sch. Kronen
100 Holl. Gulden	168,04 100 Schweiz. Francs
100 belg. Francs	19,07 100 Reales
100 norw. Kronen	91,34 100 schwed. Kronen
100 Danzig. Gulden	80,88 100000 ung. Kronen
100 lire	16,83 100 östl. Schilling
100 dän. Kronen	109,24 100 Zloty

Geschäftliches.

Kaiser Nero hatte den grohartigen Plan gefaßt, den Isthmus von Korinth zu durchstoßen und so eine Verbindung zwischen dem Ägäischen und Ionischen Meere herzustellen. Die Ausführung scheiterte jedoch an den unzulänglichen technischen Hilfsmitteln der damaligen Zeit. Der Fall ist von typischer Bedeutung. Wie viele Projekte genialer Köpfe des Altertums konnten erst in unserem Zeitalter mit seiner fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik ausgeführt werden! Das gilt nicht nur für die großen Unternehmen, Errungenschaften auch für andere Gebiete des praktischen Lebens, vielleicht für die heutige Landwirtschaft und der Volksernährung. Was ist gerade auf diesem Gebiete, bedingt durch die Zunahme der Bevölkerung und der damit immer wachsenden Ernährungsschwierigkeiten in den großen Staaten, nicht an zugleich Erstaunlichem und Segensreichem in der Gegenwart gelebt worden! — Es sei hier nur die Schaffung einer der Kuhdutter an Qualität und Wohlgeschmack gleichwertigen, aber durch ihren billigeren Preis allen Kreisen der Bevölkerung zugänglichen Butterfest erwähnt, wie sie jetzt durch erfektionsfähige Margarine (Robina butterseife) überall gehalten wird und, namentlich in diesen teuren Zeiten, den Hausfrauen über die Butterorgien hinweg hilft.

Das Buch!

Wählen Sie aus des Tages kleinen Hauptschriften will, der findet seinen treuen Freund in Buch

Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5